

drohenden Disziplinarverfahren durch den Antrag auf Entlassung aus dem Dienst entzog und jetzt nachträglich, um sich zu rechtfertigen, Schutzbehauptungen aufstellt<sup>13</sup>, die jedoch einer Prüfung nicht standhalten.<sup>14</sup>

Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 376

422

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Wilson in London

Z A 5-123.A/65 geheim

19. November 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen wurde am 19. November 1965 um 10.15 Uhr vom britischen Premierminister, Herrn Wilson, in Downing Street 10 zu einem Gespräch empfangen, an dem Staatssekretär Professor Carstens, Botschafter Blankenhorn, Außenminister Stewart und Botschafter Sir Frank Roberts teilnahmen.

<sup>13</sup> Am 28. Oktober 1965 teilte Legationsrat Graf Huyn Staatssekretär Carstens mit, er könne „nur eine Politik gutheißen, die auf dem Grundsatz der Vertragstreue stehe“. Weiter stellte Graf Huyn fest: „Es sei mir schlechterdings unmöglich, die von meinem Unterabteilungsleiter Herrn MDg. Dr. Frank einem Referatskollegen gegenüber postulierte Maxime zu akzeptieren, ein deutscher Diplomat müsse jede Politik mitmachen bis zu dem Zeitpunkt, da die Schreie der Gefolterten aus dem Keller bis in das vierte Stockwerk herauf zu hören seien.“ Vgl. HUYN, Sackgasse, S. 408.

<sup>14</sup> Am 8. November 1965 teilte Staatssekretär Carstens Graf Huyn mit, die Ministerialdirigent Frank zugeschriebene Äußerung sei „offenbar entstellt wiedergegeben worden“. Vgl. HUYN, Sackgasse, S. 413.

Am 17. November 1965 gelangte die Äußerung in die Presse. Vgl. dazu den Artikel „Schreie aus dem Keller“, DER SPIEGEL, Nr. 47 vom 17. November 1965, S. 43 f.

Bundesminister Schröder antwortete am 24. November 1965 im Bundestag auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hein: „Herr Dr. Frank hat das nicht gesagt.“ Der Ministerialdirigent habe in einem Schreiben vom 24. November 1965 an die Zeitung „Luxemburger Wort“ den „Sachverhalt klar dargestellt“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 46.

In dem erwähnten Schreiben, das der SPD-Abgeordnete Mommer in einer Anfrage im Bundestag am 2. Dezember 1965 zitierte, präzisierte Frank seine Äußerung dahingehend, er habe in einem privaten Gespräch geäußert, „von einem politischen Gewissenskonflikt könne man, besonders pointiert gesagt, nur sprechen, wenn man aus dem Keller die Schreie der Gefolterten höre“. Auf die Frage von Mommer, ob mit dieser Erklärung „der Fall des Herrn Dr. Frank“ erledigt sei, erwiderte Schröder am 2. Dezember 1965: „Die Antwort auf diese Frage ist sehr viel kürzer. Sie lautet: ja.“ BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 352.

Am 6. Januar 1966 nahm Schröder im Zusammenhang mit einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion vom 9. Dezember 1965 nochmals schriftlich zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Entlassung des Grafen Huyn Stellung. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 102, Drucksache V/160.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 22. November 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 28. November 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Änderungen berücksichtigen!“ Vgl. Anm. 8, 22 und 25.

Ein Durchdruck hat Staatssekretär Carstens am 29. November 1965 vorgelegen. vgl. VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Nachdem der *Premierminister* einleitend dem Herrn Minister dafür gedankt hatte, daß er seinen Besuch verschoben hat<sup>2</sup>, bedankte sich der Herr *Minister* seinerseits für die Einladung und sprach sein volles Verständnis für die derzeitige Situation aus. Ihm sei es darum gegangen, daß sich sein Kollege Stewart in New York so ruhig wie möglich seinen dortigen Aufgaben<sup>3</sup> widmen könne. Er bedaure, daß die aktuellen Probleme der britischen Regierung Be- sorgnis verursachten.

Über die Lage in Rhodesien<sup>4</sup> führte der *Premierminister* aus, man habe den Eindruck, als sei ein Wendepunkt erreicht worden.

Der Premierminister bemerkte sodann, man habe die jüngsten Ereignisse in Bonn mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgt, und er freue sich, daß er den Herrn Minister wieder in seiner alten Eigenschaft in London begrüßen dürfe.

Der Herr *Minister* dankte für die freundlichen Worte und bemerkte, die Bildung der Regierung sei nicht ganz einfach gewesen<sup>5</sup>, doch sei das nunmehr ausgestanden. Er übermittelte sodann Grüße des Herrn Bundeskanzlers, der die Hoffnung hege, im kommenden Jahr die Gespräche fortführen zu können<sup>6</sup>, die man im Frühjahr 1965 in Bonn geführt<sup>7</sup> und an die man noch die ange nehmsten Erinnerungen habe.

Der *Premierminister* erwiderte, auch er sehe mit Freude der Fortsetzung dieser Gespräche entgegen. Er habe den Eindruck, daß nach den gewissen Schwierigkeiten, die sich bei der Regierungsbildung gezeigt hätten, die neue Bundesregierung in einer starken, ja vielleicht noch stärkeren Position als früher sei, die bisher von ihr verfolgte Politik mit Nachdruck fortzusetzen.

Der Herr *Minister* sagte, auch er glaube, daß diese Politik fortgesetzt werden könne. Derzeit sehe sich die Bundesregierung gewissen Schwierigkeiten gegenüber, die ihr bislang noch weniger<sup>8</sup> begegnet seien, wobei es sich um Schwierigkeiten mit dem Haushalt und den Finanzen<sup>9</sup> handle. Es sei schlecht,

<sup>2</sup> Der Besuch des Bundesministers Schröder in London war zunächst für den 16. November 1965 geplant. Vgl. dazu Dok. 403, besonders Anm. 21.

<sup>3</sup> Der britische Außenminister hielt sich vom 11. bis 18. November 1965 in New York auf, um an einer Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrats über die Situation in Rhodesien teilzunehmen.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch Dok. 414 und weiter Dok. 423.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 419, Anm. 16.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Erhard hielt sich vom 23. bis 25. Mai 1966 in London auf. Für die Gespräche mit Premierminister Wilson am 23. Mai, mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan am 24. Mai sowie für die deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 23. und 24. Mai 1966 vgl. AAPD 1966.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Premierministers Wilson am 8./9. März 1965 in Bonn vgl. Dok. 122.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht“.

<sup>9</sup> Die Schwierigkeiten der neuen Bundesregierung erläuterte Bundesminister Dahlgrün in einer Pressekonferenz am 3. November 1965: „Durch die Ausgabebeschlüsse im letzten Jahr der 4. Legislaturperiode und die bedenkliche Entwicklung der Deutschen Bundesbahn drohen die Ausgaben des Bundes in den nächsten Rechnungsjahren so stark anzuwachsen, daß sie weit über die vorhandenen Deckungsmöglichkeiten hinausgehen. Außerdem wird die Lage noch dadurch verschärft, daß der Kapitalmarkt an einer anhaltenden Schwäche leidet und damit jede Möglichkeit abgeschnitten ist, Deckungslücken der öffentlichen Haushalte mit Hilfe von Krediten zu schließen. [...] Die Folgen sind eine bedenkliche Preisentwicklung und eine wesentliche Verteuerung

wenn der Start einer neuen Regierung mit solchen Dingen belastet sei, doch habe der Premierminister vor einem Jahr ähnliche Schwierigkeiten gehabt<sup>10</sup>, so daß er mit dieser Situation durchaus vertraut sei. Er hoffe aber, daß in ein, zwei Monaten die Dinge mehr oder weniger konsolidiert seien und man dann wieder mehr Ruhe habe, sich den anderen Aufgaben zuzuwenden. Er denke mit Freude an das Gespräch, das er vor einem Jahr in dem gleichen Raum geführt habe.<sup>11</sup> Er habe den Premierminister bewundert, wie er mit der kleinen Mehrheit<sup>12</sup> seine Linie durchgehalten habe. Die Mehrheit der Bundesregierung sei zwar etwas größer<sup>13</sup>, doch handle es sich um eine Koalition, was gewisse Schwierigkeiten mit sich bringe.

Der *Premierminister* fragte sodann, welches die wichtigsten Fragen seien, die die Bundesregierung im Rahmen des Bündnisses und bilateral zu erörtern beabsichtigte.

Der Herr *Minister* antwortete, für die Bundesregierung gebe es drei Problemkreise: 1) den Blick nach Osten unter Berücksichtigung ganz Deutschlands, 2) die Fortsetzung der europäischen Arbeiten und 3) die NATO. Was den zweiten Themenkreis angehe, so sei man durch die von Frankreich erhobenen Forderungen<sup>14</sup> in eine ziemlich schwierige Situation geraten. Diese Forderungen ließen auf eine starke Reorganisation der europäischen Gemeinschaft hinaus. Derzeit lasse sich nicht sagen, wie die Dinge weitergehen würden. Man müsse damit bis Anfang des nächsten Jahres abwarten, und bei seinem jüngsten Besuch in Paris<sup>15</sup> habe er den Eindruck gewonnen, daß die Dinge doch stark von den bevorstehenden Wahlen<sup>16</sup> beeinflußt würden. Deutscherseits sei man besorgt, ob es gelingen werde, die EWG zu festigen, oder ob noch andere Schwierigkeiten auftauchen würden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt lasse sich mit Sicherheit nichts voraussagen.

Der *Premierminister* fragte, ob die Franzosen den Vertrag von Rom<sup>17</sup> oder nur das Verfahren ändern wollten.

Der Herr *Minister* erwiderte, den Franzosen gehe es um eine ziemlich kräftige Änderung des Vertrages. Sie scheuten sich zwar noch, dies in voller Deutlichkeit

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1759*

der Kredite.“ Vgl. BULLETIN 1965, S. 1421.

Vgl. dazu weiter Dok. 439, Anm. 9.

<sup>10</sup> Zum britischen Zahlungsbilanzdefizit zu Beginn der Regierung Wilson im Oktober 1964 vgl. Dok. 17, Anm. 22.

<sup>11</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Wilson am 11. Dezember 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 383.

<sup>12</sup> Nach den Wahlen vom 15. Oktober 1964 verfügte die Labour Party über eine Mehrheit von 5 Mandaten. In den Nachwahlen vom 21. Januar 1965 gingen zwei Mandate verloren. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 80 des Botschafters von Etzdorf, London, vom 22. Januar 1965; Referat I A 5, Bd. 283.

<sup>13</sup> Zum Ausgang der Bundestagswahlen vom 19. September 1965 vgl. Dok. 360, Anm. 15.

<sup>14</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 416.

<sup>15</sup> Für die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. November 1965 vgl. Dok. 413, Dok. 414, und Dok. 416.

<sup>16</sup> Am 5. Dezember 1965 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

keit zu sagen, da sie wüßten, daß die Zustimmung der nationalen Parlamente zu einer Vertragsänderung höchst unwahrscheinlich sei. Selbst wenn sie keine schriftliche Änderung des Vertrages erreichten, ginge es ihnen doch darum, den Vertrag zu modifizieren. Vielleicht verfolgten sie mit ihrer derzeitigen Taktik auch das psychologische Ziel, die anderen Partner weich zu machen.

Der *Premierminister* fragte, ob es dabei um die Mehrheitsbeschlüsse und die Zuständigkeit der Kommission gehe.

Der Herr *Minister* bejahte diese Frage und fügte hinzu, wenn das einmal anfange, wisse man nicht, was sich daraus noch alles ergebe.

Der *Premierminister* bemerkte, man sehe diese Entwicklung mit Besorgnis, denn wenngleich man selbst kein Mitglied der EWG und deshalb auch nicht unmittelbar betroffen sei, fühle man sich doch dadurch sehr stark berührt.<sup>18</sup> Die britische Regierung wolle sich allerdings in ihren Äußerungen zurückhalten, weil dies leicht zum Gegenteil des gewünschten Erfolges führen könnte. Man halte aber eine Lösung dieser Fragen für erforderlich und wünsche allen Bemühungen in dieser Richtung guten Erfolg.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß gemeinsame Interessen involviert seien, wobei er vor allem an die Aufgaben denke, die EWG und EFTA im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde<sup>19</sup> zu lösen hätten. Sodann gehe es um die künftige Entwicklung. Er sei sehr glücklich gewesen, aus dem Munde des Premierministers zu hören, wie wichtig diese Fragen auch für das Vereinigte Königreich seien. Er halte es auch für richtig, wenn sich Großbritannien eine gewisse Zurückhaltung bei seinen Äußerungen auferlege, doch sei es andererseits für die Deutschen und sicher auch für die anderen Partner der Gemeinschaft psychologisch wichtig, zu hören, daß Großbritannien diese Verbindung für nötig und wünschenswert halte. Alles, was getan werden könne, ohne daß die britische Regierung dadurch zu sehr festgelegt würde, sei von Nutzen, denn Europa bedürfe der Ermunterung und der moralischen Unterstützung von dieser Seite. So sehe er die Dinge.

Der *Premierminister* kam sodann auf die Fragen zu sprechen, die im Rahmen des Bündnisses zu erörtern seien, wobei er vor allem an die nuklearen Fragen denke.

Der Herr *Minister* sagte, er halte die für den 27. November in Paris vorgesehnen Gespräche der Verteidigungsminister<sup>20</sup> für einen nützlichen Auftakt für die weitere Behandlung dieser Themen. Alle ausführlichen Gespräche, die auf dieser Ebene geführt würden, könnten nur nützlich sein, wobei es besonders

<sup>18</sup> Zur britischen Haltung gegenüber der EWG vgl. zuletzt Dok. 230.

Am 4. Oktober 1965 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, dazu, der britische Außenminister Stewart habe sich „von der Äußerung des Landwirtschaftsministers Peart, Großbritanniens Beitritt zur EWG sei eine ‚dead duck‘, klar distanziert. [...] Im Gegenteil: Großbritannien versuche, engere Bindungen mit Europa einzugehen. Zwar sei es zur Zeit nicht möglich, dem gemeinsamen Markt beizutreten, aber in der Politik müsse man sich davor hüten, das Wort ‚niemals‘ auszusprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1134; Referat I A 5, Bd. 288.

<sup>19</sup> Zum Stand der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. Dok. 348, Anm. 15, und weiter Dok. 465, Anm. 9.

<sup>20</sup> Vgl. dazu Dok. 437.

wichtig sei, Näheres und Genaueres über die Ansichten der Amerikaner zu erfahren. Hierbei handle es sich um einen Ausschnitt im Rahmen der künftigen Organisation des Bündnisses, wobei die Fragen vorerst unberücksichtigt blieben, die von anderer Seite, er denke dabei an die Franzosen<sup>21</sup>, aufgeworfen worden seien. Deutscherseits habe man keine klare Vorstellung, wann die Franzosen was sagen würden. Er persönlich glaube, die Franzosen würden bis zum Jahre 1969 eine Linie einschlagen, die es ihnen gestatte, den Schutz des Bündnisses für französische Aktionen beizubehalten. Deshalb rechne er mit langwierigen und ausgedehnten Gesprächen über die NATO-Reform, wobei sich die Franzosen in den kommenden Monaten direkter und indirekter Methoden bedienen würden.

Der *Premierminister* fragte, ob der Herr Minister auch mit solchen ausgedehnten Gesprächen und Verhandlungen hinsichtlich der nuklearen Fragen rechne.

Der Herr *Minister* antwortete, seiner Auffassung nach sollte man auf dem Gebiet der nuklearen Organisation<sup>22</sup> in absehbarer Zeit zu klaren Vorstellungen kommen. In diesem Zusammenhang stellten sich drei miteinander zusammenhängende Themen: das select oder special committee<sup>23</sup>, die NATO-Reform<sup>24</sup> und die nukleare Organisation<sup>25</sup>. Eine Schwierigkeit, unter den derzeitigen Bedingungen zu einer überzeugenden Lösung zu gelangen, bestehe darin, daß die Vorstellungen der Partner über die Gesamtstruktur der NATO noch nicht deutlich genug dargelegt worden seien. Man habe bisher den Franzosen faktisch den Vortritt gelassen. Er glaube, daß der erste und der dritte Punkt in absehbarer Zukunft bis zur Reife gebracht werden müßten. Dies scheine ihm wichtig. Alles, was geschehe, müsse aber in den schließlichen Rahmen passen, der für die NATO-Reform gefunden werde.

Der *Premierminister* sagte, er stimme mit den Darlegungen des Herrn Ministers voll überein und halte die Dringlichkeit hinsichtlich des ersten und dritten Punktes ebenfalls für gegeben. Man wolle diese Fragen nicht bis 1969 schleifen lassen. Er stellte die Frage, welche Auswirkungen die französische

<sup>21</sup> Zur französischen Haltung zur NATO vgl. Dok. 413.

<sup>22</sup> Die Wörter „der nuklearen Organisation“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „des nuklearen Waffensystems oder einer Änderung des Waffensystems“.

Am 5. November 1965 empfahl Referat II A 7, in den Gesprächen mit der britischen Regierung zu „betonen, daß es uns bei unserem Streben nach Mitverantwortung in Nuklearfragen weniger auf die Mitentscheidung über den Einsatz der Waffen als auf den Einfluß bei der Formulierung der Nuklearstrategie ankommt“, und klarzustellen, „daß es bei der Schaffung der gemeinsamen Kernwaffenstreitmacht nicht um die Erfüllung deutscher Wünsche, sondern um die Lösung eines allgemeinen Allianzproblems, nämlich um die Wahrung der Sicherheitsinteressen der besonders gefährdeten nichtnuklearen Allianzpartner geht“. Hervorgehoben werden müsse zudem, „daß wir das von McNamara vorgesetzte Select Committee nicht als Ersatz für eine gemeinsame Streitmacht ansehen können, weil eine wirkliche Mitverantwortung der nichtnuklearen Staaten u. E. nur durch substantielle Beteiligung zu erzielen ist“. Vgl. VS-Bd. 8446 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. weiter Dok. 424.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Dok. 437.

<sup>24</sup> Vgl. dazu auch Dok. 413, Anm. 34.

<sup>25</sup> Die Wörter „die nukleare Organisation“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „das nukleare System“.

Opposition auf nuklearem Gebiet haben werde und ob man auf die Franzosen warten oder ohne sie voranzukommen versuchen sollte. Der Herr *Minister* erklärte, für Deutschland sei selbstverständlich die jeweilige französische Haltung von Bedeutung, da Frankreich der größte Nachbar Deutschlands sei und zwischen beiden Ländern der Vertrag<sup>26</sup> bestehe. Man wünsche, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern so harmonisch wie möglich seien. Andererseits könne man aber die eigenen Probleme nicht nur unter dem Gesichtspunkt der französischen Wünsche sehen. Deshalb müsse man einen Weg finden, der zwar der französischen Haltung Rechnung trage, andere Überlegungen aber ebenso sehr berücksichtige. Ein solcher Kurs fordere Behutsamkeit und Takt und müsse die Möglichkeit für eine französische Beteiligung offen lassen, falls die Franzosen dies wünschten. Unerlässlich sei aber eine Kombination von Takt und Festigkeit, und er hoffe, dies werde möglich sein.

Der *Premierminister* erklärte, dies gebe auch die britische Auffassung wieder.

Der Herr *Minister* führte dann zu dem Thema „Blick nach Osten“ aus, daß man es deutscherseits für erforderlich halte, mit den Russen zu einem möglichst guten Verhältnis zu kommen, da ohne die Russen keine Lösung der Deutschland-Frage möglich sei. Deswegen unternehme die Bundesregierung auch alles in ihrer Macht Stehende, um die Beziehungen zu verbessern, doch sei diesen Bemühungen bisher leider nur sehr begrenzter Erfolg beschieden gewesen. Wegen der Berlin-Klausel bestehe derzeit kein Handelsabkommen<sup>27</sup>, obgleich die Handelsbeziehungen gut seien, und auch kein Kulturabkommen.<sup>28</sup> Man wünsche jedoch, zu solchen Abkommen zu gelangen. Parallel zu den Bemühungen um ein besseres Verhältnis mit der Sowjetunion gingen auch die Bemühungen um die osteuropäischen Staaten.<sup>29</sup> Hier bestünden gewisse Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache der Teilung des Landes ergäben, doch setze man systematisch diese Anstrengungen fort, und er halte es für außerordentlich wichtig, daß auf diesem Gebiet zwischen Großbritannien und Deutschland ein enger Gedankenaustausch und gute Zusammenarbeit stattfänden.

Der *Premierminister* erklärte, hierzu sei seine Regierung bereit.

Abschließend sagte der Premierminister, er hoffe, in Bälde die Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler fortsetzen zu können.

Das Gespräch endete um 10.45 Uhr.

VS-Bd. 8514 (Ministerbüro)

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>27</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 358.

<sup>28</sup> Zu den Kulturbeziehungen mit der UdSSR vgl. Dok. 418 und weiter Dok. 463.

<sup>29</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 408.

423

**Gespräch des Bundesministers Schröder  
mit dem britischen Außenminister Stewart in London**

Z A 5-125.A/65 geheim

19. November 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 19. November 1965 um 11.00 Uhr mit Außenminister Stewart in London im Foreign Office zu einem Gespräch unter vier Augen zusammen.

Außenminister *Stewart* dankte einleitend dem Herrn Minister dafür, daß er seine Reise nach London verschoben habe.<sup>2</sup> Was den derzeitigen Stand der Verhandlungen in den Vereinten Nationen angehe, so hoffe er, daß eine Resolution verabschiedet werde, die das Vorgehen Großbritanniens<sup>3</sup> unterstütze.<sup>4</sup> In der Resolution werde wahrscheinlich noch mehr gefordert, doch hoffe er, daß sie so formuliert sein werde, daß Großbritannien nicht sein Veto dagegen einlegen müsse. Großbritannien sehe sich Forderungen afrikanischer Staaten gegenüber<sup>5</sup>, die bisher in der Angelegenheit nichts getan hätten.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 22. November 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 28. November 1965 vorgelegen.

Ein Durchdruck hat Staatssekretär Carstens am 29. November 1965 und Staatssekretär Lahr am 1. Dezember 1965 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 422, Anm. 2.

<sup>3</sup> Zu den britischen Maßnahmen gegen Rhodesien nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung vom 11. November 1965 vgl. Dok. 414, Anm. 5.

<sup>4</sup> Am 13. November 1965 brachte Großbritannien im UNO-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf ein, in dem „alle Staaten“ zur Unterstützung der bisher von britischer Regierung verhängten Maßnahmen“ aufgerufen wurden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1109 des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 13. November 1965; Referat I B 3, Bd. 578.

Am 17. November 1965 erklärte der britische Außenminister Stewart im UNO-Sicherheitsrat, „Großbritannien sei nicht bereit, Gewalt zur Lösung der Verfassungskrise in Südrhodesien anzuwenden, jedoch ziehe es „wider economic measures“ einschließlich eines Ölembargos in Betracht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1133 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 17. November 1965; Referat I B 3, Bd. 578.

<sup>5</sup> Im Namen der afrikanischen Staaten brachte die Elfenbeinküste am 13. November 1965 im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution ein, in der eine „völlige Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen einschließlich der Öllieferungen und der Verkehrsverbindungen, des Post- und Telegraphenverkehrs und [der] Abbruch diplomatischer und konsularischer Beziehungen“ zu Rhodesien gefordert wurde. Hinzukommen sollten „militärische Maßnahmen gemäß Art. 42 und 43 der Charta, mit deren Ausführungen der Generalsekretär beauftragt werden solle. Jedem Staat, der das „rascist minority settler regime“ anerkennt, solle die Anerkennung entzogen werden. Dieses Regime solle unverzüglich zermalmt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1109 des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 13. November 1965; Referat I B 3, Bd. 578.

<sup>6</sup> Am 20. November 1965 nahm der UNO-Sicherheitsrat eine von Bolivien und Uruguay eingebrachte „Kompromißresolution“ ein, in der „alle Staaten“ aufgerufen wurden, „Südrhodesien keine Waffen und kein Kriegsmaterial zu liefern sowie „ihr äußerstes“ zu tun [...], um alle wirtschaftlichen Beziehungen mit Südrhodesien abzubrechen, einschließlich eines Embargos für Öl und Petroleumprodukte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1151 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 21. November 1965; Referat I B 3, Bd. 578.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 217 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, II/5, S. 48 f.

Der Herr *Minister* versicherte, daß man die Ereignisse mit Anteilnahme verfolgt habe. In einer Erklärung sei festgestellt worden, daß die Bundesregierung, ohne Mitglied der Vereinten Nationen zu sein, sich dem allgemeinen Vorgehen anschließen werde.<sup>7</sup>

Außenminister *Stewart* dankte dem Herrn Minister für die bereits gegebene Unterstützung. Er fragte, wie die Bundesregierung zum Abbruch aller Handelsbeziehungen mit Rhodesien stehen würde.<sup>8</sup>

Der Herr *Minister* sagte, er habe darüber noch keine genaueren Betrachtungen gehört, doch sei am Vortag offiziell erklärt worden, daß wie bisher keine Waffen an Rhodesien geliefert würden, daß keine Entwicklungshilfe gegeben werde und daß man sich den handelspolitischen Maßnahmen der übrigen Länder anschließen würde.<sup>9</sup> Eine konkrete Untersuchung über die letzte Frage sei zwar noch nicht angestellt worden, doch sehe er keine Schwierigkeiten voraus.

Außenminister *Stewart* sagte, britischerseits werde man keinen Tabak mehr von Rhodesien kaufen, und er hoffe nur, daß dann keine anderen Länder als Käufer einspringen.

Der Herr *Minister* bemerkte, eine solche Möglichkeit sehe er für die Bundesrepublik nicht.<sup>10</sup>

Auf die Frage des Herrn Ministers, wie lange die Rebellenregierung in Rhodesien aushalten könne, bemerkte Außenminister *Stewart*, es gehe dem Regime darum, sich als handlungsfähige Regierung zu erweisen und, wenn ihr dies gelingen sollte, eine permanente Herrschaft einer weißen Minderheit fortzusetzen, und damit wäre ein politischer Fortschritt praktisch ausgeschlossen.

<sup>7</sup> Am 11. November 1965 wurde die Sprachregelung an die Presse gegeben: „Die Bundesregierung bedauert die einseitige Unabhängigkeitserklärung zum jetzigen Zeitpunkt, ohne daß alle Möglichkeiten, eine einvernehmliche Lösung zu suchen, ausgeschöpft worden sind. Sie wird sich bei ihrem Verhalten leiten lassen von den Entscheidungen der Vereinten Nationen, von ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien und von der Achtung vor dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 28 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner vom 11. November 1965 an das Generalkonsulat in Salisbury; Referat I B 3, Bd. 578.

<sup>8</sup> Zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 12. November 1965; Referat I B 3, Bd. 577.

<sup>9</sup> Für die Mitteilung vom 18. November 1965 an die Presse vgl. Referat I B 3, Bd. 578.

<sup>10</sup> Zum Problem eines Tabak-Embargos vgl. auch Dok. 414, besonders Anm. 11. Nachdem der britische Außenminister Stewart aus den Äußerungen des Bundesministers Schröder den Eindruck gewonnen hatte, daß dieser hinsichtlich eines solchen Embargos keine Probleme sähe, erklärte der Erste Sekretär an der britischen Botschaft, Taylor, in einem Gespräch mit Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Plehwe am 9. Dezember 1965, die britische Regierung sei „sehr enttäuscht, daß die Aufnahme von 10 % der rhodesischen Tabakeinfuhr durch Deutschland noch nicht eingestellt sei“. Dadurch gerate „das gute Einvernehmen zwischen der britischen und der deutschen Regierung in eine akute Gefahr“. Vgl. die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 25. November 1965 bzw. von Plehwe vom 10. Dezember 1965; Referat I B 3, Bd. 577.

Am 15. Dezember 1965 beschloß das Bundeskabinett Einfuhrbeschränkungen bei Tabak und Zucker „dergestalt, daß im Wege der Verordnung die Einfuhr von Tabak aus Südrhodesien einem Genehmigungsverfahren unterworfen wird und bei Zucker die Genehmigungsstellen angewiesen werden, Einfuhrgenehmigungen nicht zu erteilen“. Vgl. das Fernschreiben des Staatssekretärs Lahr vom 20. Dezember 1965 an die Handelskammer Hamburg; Referat I B 3, Bd. 577.

Wenn alle übrigen Länder wirtschaftspolitischen Druck auf Rhodesien ausübt en, glaube er nicht, daß sich die dortige Regierung halten könne. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Öl.<sup>11</sup> Allerdings könnte Rhodesien zurück schlagen und Sambia erheblichen Schaden zufügen. Vielleicht müsse man dann die Wirtschaft Sambias stützen.<sup>12</sup> Deshalb gehe es ihm auch darum, gemeinsame Maßnahmen der UNO zugunsten Sambias herbeizuführen, um dann auf die Regierung in Rhodesien vollen Druck ausüben zu können. Unsicher sei, wie Südafrika<sup>13</sup> und Portugal<sup>14</sup> auf Sanktionen reagieren würden. Vielleicht würden sich diese Länder wegen ihrer eigenen Schwierigkeiten solchen Maßnahmen nicht anschließen, doch stehe auf jeden Fall fest, daß ihre Sympathien Rhodesien gehören würden.

Der Herr *Minister* sprach seine Wünsche für eine erfolgreiche Lösung dieser schwierigen Fragen aus.

Außenminister *Stewart* sagte, eine Gefahr bestehe darin, daß die Ordnung in Rhodesien völlig zusammenbreche. Einige Äußerungen der afrikanischen Führer in Rhodesien seien keineswegs nützlich, da sie im Ton aggressiv und viel zu scharf seien.

<sup>11</sup> Die britische Regierung verhängte am 17. Dezember 1965 ein Ölembargo gegen Rhodesien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1455 des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg vom 22. Dezember 1965; Referat I B 3, Bd. 577.

<sup>12</sup> Botschafter Schroeder, Daressalam, informierte bereits am 25. Oktober 1965 über die Tätigkeit britischer und amerikanischer Luftfahrtexperten in Sambia, die die Möglichkeit einer Versorgung von Sambia über eine Luftbrücke prüften „für den Fall, daß durch eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens Sambia von seinen Zufuhrn über die dortigen Eisenbahnstrecken abgeschnitten werden sollte“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 846; Referat I B 3, Bd. 605.

<sup>13</sup> Ministerpräsident Verwoerd erklärte am 12. November 1965 zur rhodesischen Unabhängigkeitserklärung, die südafrikanische Regierung habe „die Tatsache, daß andere Staaten oder Organisationen es für nötig befanden und noch für nötig befinden, sich in diese internen Angelegenheiten einzumischen, mißbilligt und immer wieder mißbilligt“. Für die Republik Südafrika sei es „von außergewöhnlicher Bedeutung [...]“, daß ihr normaler Verkehr mit ihrem rhodesischen Nachbarn wie bisher fortgeführt wird. [...] Daraus ergibt sich, daß die Republik nicht an solchen Methoden wie Boykottbewegungen teilnehmen kann.“ Vgl. die Mitteilung der Informationsabteilung der südafrikanischen Botschaft vom 13. November 1965; Referat I B 3, Bd. 576.

Botschafter Blankenhorn, London, gab dazu am 10. Dezember 1965 die Information aus dem britischen Außenministerium weiter: „Der Erfolg der britischen Maßnahmen gegenüber Rhodesien wird sehr wesentlich von der weiteren Haltung der Südafrikanischen Union abhängen. Bisher haben die Südafrikaner vorsichtig operiert, weil, wie der britische Gesprächspartner meinte, sie nicht auf ein verlierendes Pferd setzen wollen. Andererseits könnte es die südafrikanische Regierung schwer zulassen, daß in einem ihr benachbarten Land ein weißes Regime Schiffbruch erleidet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1405; VS-Bd. 2616 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>14</sup> Am 25. November 1965 erklärte der portugiesische Außenminister Nogueira auf einer Pressekonferenz: „Dem Wirtschaftsboykott gegen Rhodesien könnte sich Portugal schon aus Gründen der geographischen Realität nicht anschließen. Der Minister führte hierzu aus, daß von den beabsichtigten Boykottmaßnahmen auch die Volkswirtschaften von Katanga, Malawi und Sambia, die mit der rhodesischen Wirtschaft engstens verbunden seien, getroffen würden. Portugal sähe seine Verantwortung darin, die Stabilität und den Fortschritt im geographischen Gebiet der vorgenannten Länder zu schützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 171 des Botschafters Schaffarczyk, Lissabon, vom 26. November 1965; Referat I B 3, Bd. 577.

Schaffarczyk bewertete diese Haltung am 30. November 1965: „Man befindet sich eben in dem Dilemma, daß man einerseits die Stabilität in den weißen Nachbarländern Südrhodesien und Südafrika zur Aufrechterhaltung der Präsenz in den eigenen Überseegebieten benötigt, andererseits aber nicht mit den Nachbarn wegen deren rassen-diskriminierender Politik auf der Anklagebank sitzen möchte.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 577.

Auf die derzeitige Begegnung mit dem Herrn Minister eingehend sagte Außenminister Stewart, unter den zu erörternden Fragen befanden sich zwei große Themenkreise: die nukleare Beteiligung<sup>15</sup> und, damit im Zusammenhang stehend, die Möglichkeit eines Abkommens über die Nichtverbreitung<sup>16</sup> sowie die Wiedervereinigungsfrage und damit die Frage nach den Beziehungen Deutschlands zum Osten. Er fragte, was er nach Auffassung des Herrn Ministers zu diesen beiden Themen am besten in Moskau<sup>17</sup> sagen könne.

Der Herr *Minister* sagte, er wolle zunächst eine Frage stellen. Bei dem Gespräch, das er Anfang Dezember 1964 mit Herrn Gordon Walker geführt habe<sup>18</sup> – Lord Chalfont sei zu jenem Zeitpunkt auch bereits ernannt gewesen<sup>19</sup> – sei die Idee einer ANF<sup>20</sup> bereits in der Luft und im Gespräch gewesen. Er wisse nicht mehr genau, ob der Premierminister vor oder nach diesem Zeitpunkt in Washington<sup>21</sup> gewesen sei. Er frage sich, ob und, wenn ja, in welchem Umfang sich die britische Einstellung zu den nuklearen Problemen geändert habe.<sup>22</sup> Bei dem Besuch in Bonn im März 1965<sup>23</sup> habe man beschlossen, daß die Arbeitsgruppe in Paris nicht nur über die MLF, sondern auch über die ANF sprechen sollte.<sup>24</sup> Er wäre nun dankbar zu erfahren, ob sich die britische Haltung geändert oder weiterentwickelt habe und was die derzeitige britische Einstellung sei.

Außenminister *Stewart* sagte, die britische Haltung habe sich in der Form weiterentwickelt, daß man in zunehmendem Maße von den Vorteilen einer ANF-Lösung überzeugt sei. Der bisherige Verlauf der Auseinandersetzung habe die britische Regierung in ihren Auffassungen bestätigt. Sie würde es deshalb auch begrüßen, wenn es möglich wäre, im Rahmen des Bündnisses darüber eine Einigung zu erzielen. Im Bündnis gingen die Dinge etwas langsam voran, wozu noch komme, daß McNamara seinen Vorschlag über das select committee gemacht habe<sup>25</sup> und die Russen einen Vorschlag über die Nichtverbreitung vorgelegt hätten.<sup>26</sup> Er wolle bei seiner Betrachtung der Dinge alle drei Fakto-

<sup>15</sup> Zu den deutschen Überlegungen vgl. Dok. 422, Anm. 22.

<sup>16</sup> Zur Diskussion über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. zuletzt Dok. 396. Zur deutschen Haltung vgl. Dok. 386.

<sup>17</sup> Der britische Außenminister besuchte die UdSSR vom 29. November bis 3. Dezember 1965. Vgl. dazu Dok. 447 und Dok. 453.

<sup>18</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister am 11. Dezember 1964 in Dorneywood und London vgl. AAPD 1964, II, Dok. 381 und Dok. 382.

<sup>19</sup> Am 27. Oktober 1964 wurde Alun Gwynne-Jones – seit Dezember 1964 Lord Chalfont – zum Staatsminister für Abrüstungsfragen im britischen Außenministerium ernannt.

<sup>20</sup> Der britische Vorschlag einer ANF wurde erstmals in der Rede des Premierministers Wilson vom 16. Dezember 1964 vor dem britischen Unterhaus vorgestellt. Für den Wortlaut vgl. HANSARD, Bd. 704, Sp. 415–443.

<sup>21</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 7. bis 9. Dezember 1964 zu Gesprächen über den britischen Gegenvorschlag zur MLF, eine Atlantic Nuclear Force (ANF), in Washington auf. Für das Communiqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 15 f. Vgl. dazu auch Dok. 12.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Dok. 365, Anm. 16.

<sup>23</sup> Zum Besuch am 8./9. März 1965 in Bonn vgl. Dok. 122.

<sup>24</sup> Zu den Gesprächen der MLF-Arbeitsgruppe vgl. zuletzt Dok. 365.

<sup>25</sup> Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers vom 31. Mai 1965 vgl. Dok. 235.

<sup>26</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 24. September 1965 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 386.

ren berücksichtigen. Britischerseits wolle man eine Situation vermeiden, in der es einerseits nicht möglich sei, wegen der Dinge, die nach russischer Auffassung innerhalb des Bündnisses geschähen, Fortschritte in Richtung auf ein Nichtverbreitungsabkommen zu erzielen<sup>27</sup>, andererseits die Dinge im Bündnis selbst aber auch nicht vorankämen. In anderen Worten, innerhalb des Bündnisses müsse man sich darüber klar werden, welchen Weg man einschlagen wolle. Von dem MLF-Vorschlag halte die britische Regierung nicht viel. Dies sei immer noch ihre feste Überzeugung. Der Vorschlag, ein special committee einzusetzen, habe sein Gutes, denn aus den verschiedenen Gruppen, die in diesem Rahmen tätig seien, könnte sich so etwas wie ein permanenter Ausschuß innerhalb der NATO entwickeln, der sich mit den nuklearen Problemen beschäftigen würde. Wenn er jetzt nach Moskau reise, wolle er auch ausfindig machen, wie ernst es den Russen überhaupt mit einem Nichtverbreitungsabkommen sei.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß sich die deutschen Vorstellungen seit vergangenem Jahr nicht sonderlich verändert hätten. Man glaube weiterhin, daß die MLF sowohl politisch wie militärisch Vorteile hätte. Man habe sehr sorgfältig die Kritik geprüft, die bisher daran geäußert worden sei, doch sei hierdurch die deutsche Grundeinstellung nicht erschüttert worden.<sup>28</sup> Bereits damals sei von deutscher Seite gesagt worden, es sollte der Versuch einer Kombination von Elementen der MLF und ANF unternommen werden.<sup>29</sup> Er könne jetzt nicht sagen, wie weit diese Bemühungen innerhalb der Gruppe gefördert worden seien. Er sei aber weiterhin der Auffassung, daß eine Kombination der Überwasser- und Unterwasserkomponente<sup>30</sup> wünschenswert wäre. Was die Überwasserkomponente angehe, so habe man gehört, daß sie wieder mehr Interesse finde, da Unterseeboote von Satelliten aus leicht entdeckt werden könnten, wogegen es sehr viel schwerer sein dürfte, ein Überwasserfahrzeug unter tausenden Schiffen, die sich auf dem Ozean befänden, festzustellen. Aus diesem Grund glaube er, man müsse noch einmal der Frage nachgehen, ob Unterseeboote tatsächlich vorzuziehen seien.<sup>31</sup> Wie dem auch sei, der bisherige Verlauf der Auseinandersetzung deute darauf hin, daß eine Kombination wünschenswert wäre. Deutscherseits könnte man sich eine Streitmacht vorstellen, die aus Überwassereinheiten bestünde und aus einer britischen und einer amerikanischen Unterseebootkomponente und die gleichzeitig einen Platz für eine Komponente offenhalten würde, die die Franzosen eines Tages vielleicht einbringen könnten. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die finanzielle Frage. Dabei könnte man sich deutscherseits eine Gesamtfinan-

<sup>27</sup> Zu dieser Auffassung vgl. Dok. 373.

<sup>28</sup> Am 18. November 1965 gab Ministerialdirektor Krapf an Bundesminister Schröder, z. Z. London, die Bitte des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, weiter, das deutsche Interesse an einer gemeinsamen Nuklearstreitmacht besonders zu unterstreichen: „Er werde zu dieser Anregung dadurch veranlaßt, daß britische Gesprächspartner ihm mitgeteilt hätten, das deutsche Interesse an einer GNS sei offenbar nicht besonders groß. Diesem britischen Eindruck müsse, wie Ball meinte, entgegengetreten werden, wenn wir einen Fortschritt in dieser Frage erzielen wollten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 620; VS-Bd. 1372 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>29</sup> Für die deutsche Stellungnahme zum britischen Vorschlag für eine ANF vgl. Dok. 21.

<sup>30</sup> Zur Alternative, U-Boote oder Überwasserschiffe als Träger einer Nuklearstreitmacht zu verwenden, vgl. Dok. 20, Anm. 4.

<sup>31</sup> Vgl. dazu auch Dok. 417, Anm. 27.

zierung vorstellen, eine Regelung, die von dem ANF-Vorschlag etwas abweichen würde.<sup>32</sup> Zusammenfassend sagte der Herr Minister, er sei nach wie vor der Auffassung, daß eine solche Kombination die ideale Lösung wäre.

Außenminister *Stewart* erwiederte, man halte britischerseits von der MLF überhaupt nichts. Wegen ihrer Konstruktion sei es sehr viel schwieriger, die Franzosen zur Teilnahme zu bewegen.<sup>33</sup> Die Bildung der MLF als solcher sei seiner Auffassung nach keine ausreichende Kompensation für die Belastung, der hierdurch das Bündnis als Ganzes ausgesetzt würde.

Zur Frage der Wiedervereinigung führte Außenminister *Stewart* aus, er beabsichtigte, den Russen zu sagen, daß sie ihre derzeitige unnachgiebige Haltung in der Deutschland-Frage nicht auf unbestimmte Zeit beibehalten könnten, denn früher oder später werde die Wiedervereinigung doch kommen. Deshalb wäre es für sie besser, wenn sie jetzt, wenn auch nur in bescheidenem Rahmen, dazu beitragen würden. Britischerseits gehe man davon aus, daß eine Grundvoraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands darin bestehe, daß die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands die Möglichkeit habe, ihrem Willen freien Ausdruck zu verleihen. Die Russen ihrerseits sagten, man müsse von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen und könne nur die vage Hoffnung haben, daß sie eines Tages zusammenkämen. Außenminister *Stewart* fragte, ob es in der deutschen Öffentlichkeit irgendwelche Kreise gebe, die dies für möglich hielten.

Der Herr *Minister* antwortete, er könne diese Frage rundweg verneinen. Die von den Sowjets seit Jahren vertretene These laufe auf eine komplette Anerkennung dessen, was sei, hinaus und sei nicht aus einer Haltung geboren, die auf eine Überwindung der Teilung hinziele. Im Gegenteil, es gehe den Sowjets nur um die Sanktionierung der vollzogenen Teilung ohne reale Aussichten auf irgendeine Änderung. Alle Vorschläge, die gemacht würden, müßten deshalb diese Frage für die künftige Entwicklung offenhalten und gewährleisten, daß keine Versteinerung des Status quo eintrete. Man müsse vielmehr sicherstellen, daß die Dinge in Bewegung blieben und der derzeitige Zustand nicht fixiert würde. Wenn erst einmal eine Fixierung eingetreten sei, lasse sich dieser Zustand nicht mehr in Bewegung verwandeln.

Auf die Frage des Herrn Ministers nach der Reihenfolge der im größeren Kreis zu behandelnden Themen<sup>34</sup> sagte Außenminister *Stewart*, er denke an folgende Reihenfolge: Methode der künftigen Konsultation, NATO-Fragen, Wiedervereinigung Deutschlands im Zusammenhang mit seinem Besuch in Moskau und mit den deutschen Ostbeziehungen, künftige Entwicklung in der EWG und Beziehungen zur EFTA und schließlich eine Reihe weniger bedeutungsvoller Fragen. Er habe mit Interesse den Artikel des Herrn Ministers in *Foreign Affairs*<sup>35</sup> gelesen. Auf die Bemerkung des Herrn *Ministers*, er sei in seinen Formulierungen etwas vorsichtig gewesen, bemerkte Herr *Stewart*,

<sup>32</sup> Zur Finanzierung einer MLF/ANF vgl. auch Dok. 21.

<sup>33</sup> Zur französischen Haltung zur MLF vgl. zuletzt Dok. 389.

<sup>34</sup> Vgl. Dok. 424.

<sup>35</sup> Vgl. den Artikel von Gerhard Schröder: „Germany Looks to Eastern Europe“; FOREIGN AFFAIRS 44 (1965/66), Heft 1, S. 15–25. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/11, S. 851–858.

auch er könne sich in allem, was er als Minister schreibe, nur vorsichtig ausdrücken. Er sei aber sicher, daß die vom Herrn Minister in dem Artikel ange deutete Linie richtig sei, wenngleich sie schwierig sei.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß diese Schwierigkeiten weitgehend auf die Tatsache der Teilung des Landes zurückzuführen seien. Die deutsche Politik müsse eine Linie verfolgen, die auch dann noch richtig sei und bleibe, wenn die Teilung lange andauere. Ein geteiltes Land, das dem Bündnis angehöre, sehe sich anderen Fragen gegenüber, besonders auch auf dem Sicherheitsgebiet, als ein geeintes Land. Deshalb müsse die deutsche Politik für die Gegenwart die Sicherheit gewährleisten und gleichzeitig die Wiedervereinigung ermöglichen, dabei aber auch verhindern, daß in Verhandlungen irgend etwas geschehe, was die Wiedervereinigung erschweren würde. Schließlich müsse diese Politik auch Elemente enthalten, die auf andere Länder einen Anreiz ausübten, sich an der Herbeiführung der Wiedervereinigung zu beteiligen. Dies alles sei eine höchst komplizierte Aufgabe.

Das Gespräch endete gegen 11.40 Uhr.

VS-Bd. 8514 (Ministerbüro)

424

### Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Stewart in London

I A 5-82.20-94.09-2015/65 geheim

19. November 1965<sup>1</sup>

Die Besprechungen fanden im Foreign Office statt. Die erste Sitzung begann um 12 Uhr.

Außenminister *Stewart* hieß zunächst den Herrn Bundesminister des Auswärtigen und die deutsche Delegation<sup>2</sup> willkommen.

Er ging dann sogleich auf den Stand der deutsch-britischen Beziehungen ein: Er begrüßte den deutschen Vorschlag, die deutsch-britischen Konsultationen zu intensivieren<sup>3</sup>, dabei aber ein allzu formelles oder gar schwerfälliges (cum-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Plehwe am 22. November 1965 gefertigt und am 29. November 1965 von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg Staatssekretär Carstens zugeleitet.

Hat Carstens am 1. Dezember 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister vorzulegen.“

Hat Bundesminister Schröder am 4. Dezember 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> An dem Gespräch nahmen auf deutscher Seite neben Bundesminister Schröder teil: Staatssekretär Carstens, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, Botschafter Blankenhorn, Gesandter von Ungern-Sternberg, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe, die Legationsräte I. Klasse Schulte-Strathaus und Loeck sowie die Legationsräte Blech und Ruhfus.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 403, besonders Anm. 29 und 30.

bersome) Verfahren zu vermeiden. Er habe einige Gedanken für die Durchführung aufzeichnen lassen: Austausch der Ansichten vor internationalen Konferenzen, ad hoc-Konsultationen über bestimmte Probleme auf den jeweils geeigneten Ebenen, eine Begegnung der Regierungschefs einmal im Jahr und der Außenminister zweimal im Jahr. (Minister Stewart übergab die Aufzeichnung.)<sup>4</sup> Wertvolle Vorschläge seien unlängst bei dem Besuch von Herrn Abs in London über wirtschaftliche Kontakte gemacht worden. Botschafter Blankenhorn habe den begrüßenswerten Gedanken vorgetragen, in Großbritannien „Deutsche Wochen“ zu veranstalten. Er, Stewart, möchte zwei weitere Aspekte hinzufügen: Die Zusammenarbeit zwischen unseren Missionen im Ausland in bestimmten Ländern könnte noch verbessert werden. So sei seinerzeit beschlossen worden, den deutschen und den britischen Missionen in neun Ländern gemeinsame Weisung über das deutsch-britische Devisenausgleichsabkommen<sup>5</sup> zu erteilen.<sup>6</sup> Diese Weisung habe anscheinend die deutsche Botschaft in Chile nicht erreicht.<sup>7</sup>

Ein weiterer erörternswerter Punkt sei der kürzliche Hinweis von Bundesfinanzminister Dahlgrün, daß die Entwicklung unserer Haushaltssituation<sup>8</sup> es uns schwer machen würde, unseren Verpflichtungen aus dem Devisenhilfsabkommen nachzukommen.

Der Herr *Bundesminister* dankte Mr. Stewart für die Begrüßung; er freue sich, heute über die uns gemeinsam interessierenden Fragen sprechen zu können. Obwohl er die eben übergebene Aufzeichnung noch nicht ganz gelesen habe, stimme er grundsätzlich der Intensivierung der Konsultationen zu. Wir würden die Vorschläge prüfen.<sup>9</sup> Rückblickend sei festzustellen, daß wir mit den Briten bereits auf vielen Gebieten unsere Erfahrungen ausgetauscht hätten. Wir wollten dies auch weiter tun, und zwar in möglichst informeller Weise. Die unterlassene Informierung unserer Botschaft in Chile werde sich leicht aufklären lassen. Die Bemerkung von Bundesminister Dahlgrün sei ihm

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt. Für den Wortlaut der Aufzeichnung vgl. Ministerbüro, Bd. 218.

Am 1. Dezember 1965 notierte Staatssekretär Carstens die Stellungnahme des Bundeskanzlers Erhard, „er sei mit den materiellen Vorschlägen durchaus einverstanden, habe aber Bedenken dagegen, daß man eine Abrede über die Frequenz der Zusammenkünfte der Regierungschefs, der Außenminister, der leitenden Beamten usw. treffe. Dadurch werde die Konsultation bis zu einem gewissen Grad institutionalisiert, und die Bundesregierung setze sich in Widerspruch zu dem, was der Herr Bundeskanzler kürzlich im Zusammenhang mit der Affäre Huyn mehrfach erklärt habe.“ Vgl. VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. auch Dok. 421.

<sup>5</sup> Zum deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vgl. Dok. 260, Anm. 10.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 230, Anm. 17.

Für den Entwurf des Erlasses, der am 22. Juni 1965 an die Botschaften in Nigeria, Kenia, Sambia, Malawi, Malaysia und Peru gesandt wurde, vgl. Referat III A 5, Bd. 455.

<sup>7</sup> Dazu teilte Ministerialdirektor Harkort am 9. Dezember 1965 mit: „Die Länderliste, die zunächst 11 Entwicklungsländer umfaßte, mußte auf Verlangen des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die hierzu erhebliche Bedenken von Gesichtspunkten der deutschen Entwicklungshilfepolitik vorbrachten, auf [...] sechs Länder beschränkt werden. Die Reduktion der Liste erfolgte im Einvernehmen mit der hiesigen Britischen Botschaft.“ Großbritannien habe allerdings „vorzeitig acht seiner Missionen, darunter auch Chile, entsprechend angewiesen“. Vgl. Referat III A 5, Bd. 455.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 422, Anm. 9.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

nicht gegenwärtig, er könne aber sagen, daß unsere nicht unbeträchtlichen Haushaltssorgen keinen unmittelbaren Bezug auf die Durchführung des Offset-Abkommens hätten. Die Bundesregierung hoffe sehr, daß die von ihr und der britischen Regierung gemeinsam gesteckten Ziele erreicht werden könnten.<sup>10</sup> Dazu werde allerdings eine gute Zusammenarbeit erforderlich sein.<sup>11</sup>

Zur Tagesordnung sagte Außenminister *Stewart*, daß die miteinander verbundenen Fragen der künftigen Entwicklung der Atlantischen Allianz, der nuklearen Mitverantwortung und der Nichtverbreitung von Atomwaffen als wichtigster Punkt vorweg behandelt werden sollten.<sup>12</sup> Nach Zustimmung durch Bundesminister Schröder fuhr Außenminister Stewart fort, daß man keines dieser Probleme als ausschließlich europäisch ansehen könne. Auch wenn die Sowjets die genannten Probleme fast ausschließlich im Hinblick auf Deutschland diskutierten, so sei doch nicht zu übersehen, daß beispielsweise Indien – heute noch keine Atommacht – morgen eine solche sein könne.<sup>13</sup> Großbritannien und darüber hinaus die Allianz hätten Verantwortungen außerhalb des europäischen Bereiches. Ein klares Beispiel sei Kuba gewesen. Kuba liegt nicht in Europa, die Krise um Kuba<sup>14</sup> ging aber die Allianz als Ganzes an. Zur nuklearen Beteiligung hätte die britische Regierung ihre Ansichten im ANF-Vorschlag niedergelegt. Je mehr darüber diskutiert worden sei,

<sup>10</sup> Dazu notierte Referat III A 5, der Botschaft in London sei am 15. November 1965 zum Stand der Abwicklung des deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommens mitgeteilt worden: „Durch Erreichen der 800 Mio. DM-Grenze ist das eingefrorene Rüstungskonto für Einzeltransaktionen einschließlich Entwicklungshilfevorhaben nach dem Schlüssel 50 % + zusätzliche 50 % Neu-Devisen aufgetaut und greifbar geworden.“ Bei einzelnen Projekten beständen allerdings weiterhin Schwierigkeiten, und „die Zurückweisung einiger deutscher Vorschläge sowie eine verzögerte Behandlung anderer durch die Briten“ habe im Bundesministerium der Finanzen „gewisse Zweifel an der britischen Entschlossenheit aufkommen lassen, das Abkommen in der bisherigen Weise zügig zu erfüllen“. Vgl. Referat III A 5, Bd. 455.

<sup>11</sup> Zu diesem Teil des Gesprächs notierte Botschafter Blankenhorn, London, am 22. November 1965, Bundesminister Schröder habe darauf aufmerksam gemacht, daß „die Frage der Anrechenbarkeit von britischer und deutscher Seite sehr unterschiedlich behandelt werde. [...] Mr. Campbell sagte, es sei zuzugeben, daß die Maschinerie bisher noch nicht so gut gearbeitet habe, wie man dies hätte erwarten können. Zwar handele es sich zum Teil um Ermessensfragen; er hoffe aber, daß die Dinge in naher Zukunft besser geregelt würden.“ Vgl. VS-Bd. 2509 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>12</sup> Vgl. dazu auch Dok. 423.

<sup>13</sup> Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, berichtete am 3. September 1965, indische oppositionelle Abgeordnete hätten im Parlament angeregt, „Indien möge sich angesichts der ernsten Situation an seinen Grenzen zur Herstellung eigener Atomwaffen entschließen“. Ministerpräsident Shastri habe dazu erklärt, die Regierung habe nicht die Absicht, „zur Zeit von ihrer bisherigen Politik der nur friedlichen Verwendung der Atomenergie abzugehen“. Diese Entscheidung könne „im Lichte neuer Ereignisse oder Entwicklungen überprüft werden [...], falls sich dies als notwendig erweisen sollte“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1542; Referat II 8, Bd. 50.

Zur indischen Haltung führte der Leiter des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium, Rostow, auf der Tagung der „Atlantic Policy Advisory Group (APAG)“ vom 12. bis 16. Oktober 1965 in Yalova aus: „Das künftige Verhalten Indiens mache das Problem noch dringender als die seinerzeitige erste chinesische Kernexplosion. Wenn Indien sich zu dem – jederzeit möglichen – Schritt einer Herstellung eigener Atomwaffen entschließe, werde auch Japan ungeachtet der dort herrschenden moralischen Hemmungen eines Tages diesen Weg beschreiten. Dann würden andere Staaten folgen wollen, die eine Atomwaffe als Eintrittskarte für einen Erster-Klasse-Klub ansähen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Müller-Roschach vom 27. Oktober 1965; VS-Bd. 3975 (II A); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>14</sup> Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 110, Anm. 18.

um so bestimmter glaubte die Regierung, daß die ANF die beste Lösung darstelle. Allerdings seien heute noch zusätzliche Tatsachen und Entwicklungen in Rechnung zu stellen, – so der McNamara-Vorschlag<sup>15</sup> und die möglichen Reaktionen der Sowjetunion<sup>16</sup> und Frankreichs<sup>17</sup>. Man könne allerdings nicht akzeptieren, daß die Sowjetunion in die Gestaltung der nuklearen Mitverantwortung hineinrede. Der Vorschlag eines Special Committee sei auf britischer Seite mit großem Interesse aufgenommen worden. Drei Probleme seien zu lösen: 1) Prozedurfragen, 2) die Entscheidungen, wo Nuklearwaffen stationiert werden und welche Ziele sie erfassen, 3) die Überprüfung der Waffensysteme und die Frage, wie man sie modernisieren und ersetzen könne. So würden in einem späteren Stadium in den wesentlichen Fragen der Nuklearverteidigung kollektive und nicht nur nationale Beschlüsse zu fassen sein. Er würde gerne wissen, wie die deutsche Seite zu diesen Problemen im allgemeinen stehe und wie sie die Funktionen eines permanenten Komitees beurteile, das aus einem Special Committee hervorgehen könnte.

Bundesminister *Schröder* äußerte sich zunächst zu dem zweiten Punkt, nämlich den Aufgaben, die ein solches Gremium der NATO haben könnte. Es sei nicht ganz leicht, diese Aufgaben zu beschreiben, weil man überlegen müsse, ob überhaupt ein Gremium ins Auge gefaßt werden könnte, das auf das gesamte nukleare Potential der Allianz, d. h. einschließlich des amerikanischen Potentials, Einfluß nimmt. Es komme also nicht nur auf unsere eigenen Be trachtungen und Wünsche an, sondern insbesondere auf die Bereitschaft der USA als Träger des wirklichen großen Potentials. Bisher sei von einer Weiterentwicklung der Athener „guidelines“<sup>18</sup> und einer Weiterentwicklung der in Ottawa erörterten Gedanken<sup>19</sup> gesprochen worden. Dies alles aber sei noch nicht abgeschlossen. Die von Mr. Stewart aufgeworfenen Fragen seien sicher sehr bedeutungsvoll. Sie würden bei dem bevorstehenden Treffen der Verteidigungsminister in Paris<sup>20</sup> erörtert werden.

Der dritte Punkt – Möglichkeiten für künftigen Ersatz – reiche am weitesten und setze voraus, daß das gesamte Potential erfaßt werde. Auch hier werde daher viel von der amerikanischen Regierung und der Entwicklung der amerikanischen Gesetzgebung abhängen.

Bundesminister Schröder erklärte sein besonderes Interesse an folgender Frage, die er in aller Offenheit stellen wolle: Mr. Stewart habe gesagt, er halte den über ein Jahr alten britischen Vorschlag für eine ANF immer noch für den besten. Es interessiere, ob diesem Vorschlag noch die frühere Politik zugrunde liege, wonach damit Abschied von einer nationalen Abschreckung genommen und der Übergang zu einem bündniseigenen deterrent erfolgen solle.

<sup>15</sup> Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers vom 31. Mai 1965 für ein „select committee“ vgl. Dok. 235.

<sup>16</sup> Zur sowjetischen Haltung hinsichtlich einer MLF/ANF bzw. eines „special committee“ vgl. Dok. 361 und Dok. 477.

<sup>17</sup> Zur französischen Haltung gegenüber einer MLF vgl. Dok. 389.

<sup>18</sup> Zu den Athener „guidelines“ vgl. Dok. 235, Anm. 5.

<sup>19</sup> Zu den Beschlüssen der NATO-Ministerratstagung vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa vgl. AAPD 1963, II, Dok. 190.

<sup>20</sup> Zur Tagung der Verteidigungsminister der NATO am 27. November 1965 vgl. Dok. 437.

Für unsere eigene Stellungnahme müßten wir über diesen Punkt mehr Klarheit haben.

Zu den Aufgaben des Special Committee stelle sich noch die Frage, ob dazu auch die Kategorie „Crisis Management“ gehöre oder ob dies ausgeschlossen werden sollte.

Mr. Stewart antwortete auf die zuletzt gestellte Frage, daß die genannte Kategorie einzubeziehen sei. Über die Zukunft des Special Committee werde man erst klarer sehen, wenn die amerikanischen Ansichten bekannt seien.

Auf die zuerst gestellte Frage laute die Antwort: „Ja“. Die britische Seite sehe in der ANF eine Abgabe der nationalen Streitkraft an die Allianz.<sup>21</sup> Sie sei bereit, auf die nationale Abschreckungswaffe ohne das Recht der Zurücknahme in nationale Verfügungsgewalt zu verzichten, es sei denn, daß der unwahrscheinliche Fall einer völligen Auflösung der Allianz eintrete. Die Überprüfung der Verteidigungsmöglichkeiten lasse schon heute erkennen, daß man immer stärker zu einer kollektiven Regelung übergehen müsse.

Zur Frage der Verantwortung in Fernost<sup>22</sup> wies Mr. Stewart ebenfalls auf die zur Zeit in Gang befindliche Überprüfung des gesamten Gebietes der Verteidigung hin. Es sei unmöglich, dort Positionen aufzugeben, bevor die Ergebnisse der Überprüfung vorlägen.

Bundesminister Schröder dankte Mr. Stewart für die Antwort hinsichtlich des Überganges von Nuklearwaffen aus der nationalen Verfügungsgewalt in die der Gemeinschaft, – ein Aspekt, der in den internationalen Diskussionen in letzter Zeit etwas in Vergessenheit geraten sei. Der Verzicht auf nationale Abschreckungswaffen sei von großer Bedeutung sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch im Hinblick auf die Wirkung nach außen und insbesondere auch hinsichtlich einer deutschen Beteiligung. Die Bundesregierung meine, was sie gesagt habe, nämlich daß wir keine nationalen Verfügungsrechte wollten, sondern daß wir aus vielen Gründen, die man hier im einzelnen nicht anführen könne, die Beteiligung an einem Gemeinschaftssystem anstreben. Hierfür sei die britische Haltung von großer Bedeutung.

Dabei stelle sich im übrigen ein Problem, das mehr psychologischer als rein militärischer Art sei. Der starke und überzeugende psychologische Effekt einer gemeinsam zu schaffenden Flotte, wie etwa einer Polaris-Überwasserflotte, liege auf der Hand. Es werde gewissermaßen ein neues Element geschaffen, zu dem alle Bündnispartner in einer vorher festgelegten Weise ihren Beitrag leisteten. Eine von allen gemeinsam geschaffene Einrichtung werde überzeugender wirken als eine bloße Veränderung von Organisation und Zweckbestimmung bereits vorhandener Elemente. Wie sieht die britische Seite diesen psychologischen Faktor bei einer Beteiligung der Italiener, Holl-

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch Dok. 401.

<sup>22</sup> Zur Situation in Vietnam vgl. Dok. 316, Ann. 4, und weiter Dok. 467.

Zur Lage in Indonesien äußerte der britische Außenminister Stewart „die Besorgnis, daß man im Westen zu voreiligem Optimismus neige. [...] Auf britischer Seite bestehe z. B. noch keine Sicherheit darüber, daß der Druck Indonesiens in Malaysia einer dauernden Entspannung weichen werde.“ Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Blankenhorn, London, vom 22. November 1965; VS-Bd. 2509 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

länder, Deutschen usw.? Bei deutschen Überlegungen über eine Kombination von MLF und ANF wurde immer dieser Faktor berücksichtigt.<sup>23</sup> Wie wird er von der britischen Seite beurteilt, wenn sie das unveränderte ANF-Projekt als die beste Lösung bezeichnet?

Mr. Stewart wünschte, zunächst noch ein Wort über die Ablösung der nationalen durch die kollektive Verfügungsgewalt zu sagen. Man müsse davon ausgehen, daß die Abschreckungswaffe durch die amerikanische Regierung ausgelöst werde. Eine Auslösung etwa durch Mehrheitsbeschuß sei nicht akzeptabel, denn dies würde tatsächlich eine Weiterverbreitung von Atomwaffen bedeuten.<sup>24</sup> In der Überbewertung psychologischer Faktoren gegenüber den militärischen Elementen liege eine Gefahr. Man sollte nicht etwas tun, das nur den Anschein erwecke, als ob es die Allianz wirksamer mache, in Wirklichkeit jedoch die militärische Stärke des Bündnisses nicht erhöhe. Die britische Kritik an der MLF<sup>25</sup> beruhe großenteils darauf, daß diese nur scheinbar das Bündnis stärke.

Bundesminister Schröder stimmte Mr. Stewart soweit zu, daß man *nicht nur* an die psychologischen Aspekte denken solle. Er werde auf diesen Punkt später zurückkommen.

Zunächst sei zu unterstreichen, daß wir nicht an Einrichtungen dächten, die letztlich ohne Rücksicht auf eine Mitwirkung der USA ausgelöst würden. Das amerikanische Veto scheine uns aus vielen Gründen unumgänglich zu sein. Darin stimmten wir ganz offensichtlich mit den Briten überein.

Zum psychologischen Element sei zu fragen, ob die Briten jetzt von dem Gedanken an eine Überwasserkomponente abgekommen seien. Die Briten seien ja ursprünglich nie von dem Gedanken begeistert gewesen, hätten ihn aber auch nicht definitiv abgelehnt.

Zugunsten der MLF sei zu sagen, daß wir nie die Meinung vertreten hätten, die MLF sei nur ein Scheininstrument. Wir seien immer von ihrem militärischen Wert überzeugt gewesen. Diese Überzeugung habe sich aufgrund der zahlreichen militärischen Untersuchungen und der bisher gemachten Erfahrungen – trotz des britischen Einwands betreffend administrative und finanzielle Schwierigkeiten – in letzter Zeit noch verstärkt. Auch der heftige Widerstand der Sowjetunion gegen die MLF beruhe nicht nur auf politischen, sondern auch auf militärischen Motiven und sei ein Argument für die MLF. Die Sowjetunion werde erhebliche Anstrengungen machen müssen, um Mittel zum Aufspüren und Bekämpfen der MLF zu schaffen. Ein guter Teil des militärischen Potentials der Sowjetunion würde dadurch gebunden werden. Es komme hinzu, daß die Amerikaner nukleare Überwassereinrichtungen bevorzugten, weil sich herausgestellt habe, daß das Aufspüren von U-Booten leichter sei, als unter Tausenden von anderen Schiffen auf den Meeren die Überwasserkräfte einer MLF zu finden.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Dok. 21.

<sup>24</sup> Zu den britischen Vorstellungen für eine Einsatzregelung vgl. Dok. 20, Anm. 10.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Dok. 398, Anm. 9.

Somit sei die MLF für uns nicht nur eine psychologische, sondern auch eine militärische Angelegenheit hoher Bedeutung. Die in jüngster Zeit gerade hier in Großbritannien erschienenen militärwissenschaftlichen Veröffentlichungen hätten gezeigt, daß die Sowjetunion mit ihren MRBMs ein erdrückendes Übergewicht besitze. Mit interkontinentalen Raketen könne man diese MRBMs nicht genügend bekämpfen. Dazu benötige auch die westliche Seite die entsprechenden Waffen. Das sei von altersher die richtige Methode. Auch SACEUR sei immer dieser Ansicht gewesen und halte auch heute noch daran fest. In unseren Augen ist daher gerade die sichtbare Verstärkung auf diesem Gebiet eine der wichtigsten Aufgaben der MLF.

Es interessiere nun die Frage, welche grundsätzlichen Bedenken gegen eine Kombination des ANF-Vorschlages mit Elementen aus dem MLF-Vorschlag bestünden.

Außenminister *Stewart* erwiderte, die Antwort darauf hänge davon ab, welche Kombination man ins Auge fasse. Dies sei ein militärisches Problem. Die britische Seite sei in der Tat von der Idee eines Überwasser-Elements in der MLF nie begeistert gewesen. Zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen sei zu sagen, daß ihre sämtlichen Standorte in der europäischen Sowjetunion von den strategischen Waffen der Amerikaner gedeckt seien. Wenn diese von den Amerikanern gegebene Versicherung zutreffe, sei die MLF überflüssig. Im übrigen sei auch bei stärkerer Trennung von amerikanischen und europäischen Atomwaffen zu bedenken, daß dies der Allianz schaden, sie trennen könnte.

Im übrigen würde eine spätere Teilnahme der Franzosen außerordentlich erschwert werden, wenn man den Gedanken der MLF weiter verfolge. Auch würde dadurch eine Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion erschwert werden. Selbst wenn man diese Faktoren nicht allzu wichtig nehme, müßten sie berücksichtigt werden. Eine Lösung im Sinne der MLF lag für die Allianz nie in Reichweite.

Bundesminister *Schröder* stellte heraus, daß auch wir niemals die Tendenz gehabt hätten, die europäische Verteidigung isoliert von der Gesamtverteidigung zu sehen. Beim Gesamtaufbau der Verteidigung dürfe nicht übersehen werden, daß Europa mit Wahrscheinlichkeit zum Konfrontationsraum werden könne. Darum entspreche ein Aufbau, der von taktischen Waffen über MRBMs bis zu interkontinentalen Raketen reiche, am ehesten den Erfordernissen. Es gebe eine zwangsläufige Kombination militärischer und politisch-psychologischer Fakten, da Abschreckung nicht nur auf rein militärischen Tatsachen, sondern auch auf politisch-psychologischen Faktoren beruhe. Der Gegner müsse gezwungen werden, sich darauf einzurichten, daß dieses Potential tatsächlich einsetzbar sei.

Der Herr Bundesminister stellte sodann die Frage, wie die britische Seite das Projekt aus der Sicht der anderen Partner – der Italiener<sup>26</sup>, Holländer<sup>27</sup> usw. – beurteile. Was Frankreich angeht, so sollte jede Lösung einen Platz für die französische Beteiligung offenhalten.

<sup>26</sup> Zur italienischen Haltung vgl. Dok. 411, Anm. 13.

<sup>27</sup> Zur niederländischen Haltung vgl. Dok. 411, Anm. 12.

Es würde ferner interessieren, wie man auf britischer Seite die sowjetische Stellungnahme einschätzt. Wir glaubten, daß die Unterschiede der sowjetischen Reaktion auf die verschiedenen Formen einer nuklearen Abschreckung nicht sehr groß sein würden. Der Sowjetunion werde keine Version gefallen, ganz gleich ob man die eine oder andere Kombination wähle.

Mr. *Stewart* führte aus, am leichtesten werde man vorankommen – auch hinsichtlich der Mitwirkung der anderen Partner – wenn aus den durch das Special Committee aufgestellten Arbeitsgruppen innerhalb der NATO ein beständiges Gremium (Permanent Body) entstehe. Der nächste Schritt könnte dann die Bildung einer Art „Combined Force“ sein. Einzelheiten müßten der Zukunft überlassen bleiben.

Für die Franzosen sei ein Stuhl freizuhalten, und man müsse es den Franzosen so leicht wie möglich machen, ihn später zu besetzen.

Hinsichtlich der Sowjets sei sich die britische Regierung nicht klar, ob diese ernsthaft einen Nichtverbreitungsvertrag wollen oder ob sie dies nur vorgeben, um jedes nukleare NATO-Arrangement unmöglich zu machen.<sup>28</sup> Vielleicht werde er darüber Näheres bei seinem Besuch in Moskau<sup>29</sup> erfahren. Wenn ein Nichtverbreitungsabkommen scheitere, dann dürfe dies nur wegen der sowjetischen Unvernunft geschehen, nicht aber weil der Westen Maßnahmen ergriffen habe, von denen er wissen mußte, daß sie ein Abkommen unmöglich machen würden.

Auf jeden Fall müßte nach britischer Ansicht in der NATO ein Special Committee gebildet werden. Ob daraus eine Streitmacht entstehe und ob dieser das ANF- oder das MLF-Modell zugrunde liegen soll, das alles müsse Gegenstand weiterer Beratungen sein. Dabei seien alle Faktoren, die militärischen und psychologischen, und ebenso die Haltung der Sowjets in Betracht zu ziehen. Man könne also von einer Reihenfolge sprechen: Die heutige deutsch-britische Besprechung – dann Gespräche in Moskau – dann Besprechungen in der NATO. Aber den Kriterien, die der britischen Regierung vorschweben, entspräche das MLF-Projekt nicht. Es würde keine Verbesserung für die Allianz erbringen. Britische Hoffnung sei es gewesen, daß die ANF-Idee schnellere Fortschritte machen würde. Dies sei nun aber nicht eingetreten.

Der Herr *Bundesminister* stellte sodann die Frage, warum eigentlich eine ANF-/MLF-Kombination für Frankreich später schwerer akzeptabel sein sollte als eine unveränderte ANF. Diese Frage erscheine wichtig, um die britischen Motive wirklich zu erkennen. Darum bate er um Entschuldigung für dieses Insistieren.

Auf die Antwort von Mr. *Stewart*, die Franzosen seien vom ersten Moment an gegen die MLF eingestellt gewesen<sup>30</sup>, machte Bundesminister *Schröder* geltend, er habe auch nie ein freundliches Wort der Franzosen über die ANF gehört. Bei der französischen Ablehnung der MLF stehe also auch ein mehr psy-

<sup>28</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 24. September 1965 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 386.

<sup>29</sup> Zum Besuch des britischen Außenministers vom 29. November bis 3. Dezember 1965 in der UdSSR vgl. Dok. 447 und Dok. 453.

<sup>30</sup> Vgl. dazu auch Dok. 389, Anm. 3.

chologisches Argument im Vordergrund. Bundesminister Schröder fragte sodann, ob er Mr. Stewart richtig verstanden habe, daß seiner Ansicht nach die Sowjets eine ANF der MLF vorziehen würden. Wir glaubten, daß die Sowjets weder an einer ANF, einer MLF noch an einer Kombination von beiden Gefallen finden würden. Aus ihrer Haltung könnten insoweit also wohl keine Argumente abgeleitet werden.

Mr. *Stewart* erwähnte, die MLF sehe eine Überwasserflotte vor, bei der keine Vorkehrungen getroffen seien, daß später weitere Mächte hinzutreten. Bei der ANF hingegen sei dies der Fall.

Hierauf entgegnete Bundesminister *Schröder*, wir seien immer dafür eingetreten, daß die Beteiligungsverhältnisse bei der MLF verändert werden könnten. Durch gemeinsame Entscheidungen könnten diese Modalitäten verändert werden. Wir hätten auch eine Kombination ANF/MLF ins Auge gefaßt.

Mr. *Stewart* meinte, und Bundesminister *Schröder* stimmte zu, was die Sowjets wirklich wollten, sei ganz einfach das Aufbrechen des Atlantischen Bündnisses. Was wir herausfinden sollten, wäre die Antwort auf die Frage, wie ernst es Moskau mit seinem Widerstand gegen eine gemeinsame westliche Nuklearverteidigung meint. Nach britischer Ansicht sei der sowjetische Widerstand gegen die MLF begründeter als derjenige gegen die ANF.

Die Besprechung endete um 13 Uhr. Fortsetzung wurde für 15.30 Uhr vereinbart.

Besprechung zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und Außenminister Stewart am Nachmittag des 19. November 1965 von 15.30 bis 17.25 Uhr (Fortsetzung der Besprechung vom Vormittag)

Außenminister *Stewart* erläuterte seine Ansichten über das verteidigungspolitische Konsultationsverfahren innerhalb der Allianz. Das wichtigste Element sei dabei eine eingehende Konsultation über alle Aspekte der nuklearen Strategie, insbesondere Zielverteidigung<sup>31</sup>, Stationierung, Einsatz usw.

Zum Plan der Bildung einer Streitmacht sei folgendes zu sagen: Da die ANF im Gegensatz zur MLF nicht die Schaffung einer neuen, aus Überwasserschiffen gebildeten Streitmacht vorsähe, sondern aus vorhandenen Kräften gebildet werde, sei die Gestellung britischer V-Bomber und deutscher F-104 sowie Pershings denkbar. Die Bomber könnten auch gemischt bemannzt werden. In welche Richtung sich die Vorstellungen der Holländer und Italiener bewegten, sei ihm unbekannt. Wahrscheinlich würden sie sich auch an einer gemischten Bemannung interessiert zeigen. Die ANF biete die Möglichkeiten dafür.

Daß es für die deutsche Seite schwer gewesen sei, vor den Wahlen ihre Wünsche zu offenbaren, sei verständlich. Er glaube aber jetzt, diese Frage stellen zu können.

Bundesminister *Schröder* dankte für diese Zusammenfassung. Die Antwort laute, daß zwei Dinge erforderlich seien:

<sup>31</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Schröder: „(Zielauswahl).“

1) Konsultationen im weitest möglichen Umfang, die sich auf konkrete Tatbestände stützen. Bei den Beratungen über das Special Committee werde sich ergeben, was darunter zu verstehen ist. Der theoretisch denkbare Zustand, daß es nur noch eine einzige nationale Atomwaffe im Bündnis gebe, nämlich die amerikanische, über die man gemeinsam konsultiere, sei praktisch nicht zu verwirklichen. Man müsse also nach Zwischenlösungen suchen. Das Special Committee könnte die Verbindung zwischen der nationalen Nuklearmacht amerikanischer Provenienz und den kollektiven Beiträgen der anderen Teilnehmerstaaten herstellen.

2) Es sei die Frage zu lösen, welche Art von Waffensystemen geschaffen werden soll, das eine kollektive Beteiligung erlaubt. Hierin liege, insbesondere für uns als nicht-nukleare Macht, das Problem. Es stelle sich die Frage, ob eine Erweiterung der ANF um Komponenten möglich sei, die ein gemeinsames Eigentum und auch eine gemischte Bemannung ermöglichen. Wir fragten uns, welche zusätzlichen Elemente praktisch möglich und für die britische Seite annehmbar seien. Die F-104 und die Pershings seien taktische Waffen und hätten Übergangscharakter, wären also zur Erfüllung dieser Erfordernisse nicht geeignet. Man sollte sich hierbei daran erinnern, daß der Ausgangspunkt für alle unsere Überlegungen der Wunsch SACEURs gewesen sei, geeignete Waffen zur Abwehr der sowjetischen Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu haben.<sup>32</sup> Taktische Waffen könnten diesen Wunsch nicht erfüllen.

Außenminister *Stewart* führte aus, er könne im Augenblick keine konkrete Antwort geben. Man werde nachdenken und prüfen müssen, welche Komponente zu suchen ist. Nach britischer Ansicht sei die kollektive Entscheidung das Hauptelement (vital thing), während gemeinsames Eigentum und gemischte Bemannung nur sozusagen als Symbole der kollektiven Entscheidung angesehen werden könnten. Diese in den Vordergrund zu schieben, würde die Entspannung mit dem Osten erschweren. Auch müsse man dabei die Kritik im eigenen Lande berücksichtigen, die jede *neue* Streitmacht hervorrufen würde. Außerdem würden dadurch neue Hemmnisse für die Abrüstung entstehen. Es kreuzt sich hier also die Frage, ob man militärisch stärker wird, mit der Sorge, daß die Abrüstung erschwert wird.

Bundesminister *Schröder* hielt entgegen, daß es doch nicht darum gehen könnte, Symbole zu schaffen. Die gemeinsame Entscheidung müsse sich auf Substanz beziehen. Dabei könne trotzdem das Argument des Gegners, unsere Waffen würden vermehrt, nicht zum Zuge kommen, denn es würden ja nur vorhandene und *ohnehin noch zusätzlich benötigte* Waffen zusammengefaßt oder anders organisiert, – möglicherweise allerdings wirkungsvoller als bisher.

Zum Thema der Nichtverbreitung übergehend führte Außenminister *Stewart* aus, daß die Zahl der nicht-nuklearen Länder, die Nuklearmächte werden könnten (z. B. Indien, Israel, Schweden, VAR), rasch wachse. Wie könne man in dieser Lage die Welt schützen? Hier gehe es um eine große Verantwortung. Man müsse alles vermeiden, was ein Abkommen verhindert. Allerdings sei unklar, ob die Sowjets ein Abkommen wirklich wollen. Das müsse ergründet werden.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 6.

Darüber hinaus sei zu bedenken, daß ein NV-Abkommen den Ausgangspunkt für weitere Verträge zwischen Ost und West darstellen könnte. Man könnte sich etwa eine westöstliche Garantie für Indien gegen einen chinesischen Atomangriff vorstellen, sofern Indien einem NV-Abkommen beitrete.<sup>33</sup> Verzichteten wir jetzt leichtfertig auf ein NV-Abkommen, so kehre die Gelegenheit vielleicht nie wieder. Natürlich dürfe die Sicherheit des Westens dadurch nicht angetastet werden.

Mit diesem Problem sei die Frage verbunden, ob man sich mit den Sowjets auch über andere substantielle Punkte einigen könne. Die Sowjetunion sei in steigendem Maße über ihre Beziehungen zu China beunruhigt.<sup>34</sup> Es sei vielleicht nicht abwegig anzunehmen, daß Moskau heute eher geneigt sei, mit dem Westen zu einem Einvernehmen zu gelangen, als noch vor wenigen Jahren.

Es gebe allerdings kein Gespräch mit den Sowjets, ohne daß die deutsche Frage berührt werde. In dieser Hinsicht sei kein nützliches Zeichen für irgendein sowjetisches Entgegenkommen zu entdecken. Als er mit Gromyko über die Wiedervereinigung diskutiert habe<sup>35</sup>, sei ihm der sowjetische Standpunkt unverändert entgegengehalten worden: Es sollten zwei deutsche Staaten anerkannt und es diesen dann überlassen werden, selbst zu entscheiden, ob und wie sie sich vereinigen wollten. Obwohl sich an dieser Position der Sowjets nichts geändert habe, werde er bei seinem Besuch in Moskau das Thema erneut aufgreifen. Er würde gerne wissen, ob es deutsche Anregungen zu diesem Thema gibt, und was er in Moskau noch dazu sagen solle.

Die britische Regierung sei in letzter Zeit sehr bemüht gewesen, die Kontakte zu den Regierungen der osteuropäischen Länder zu vertiefen. Es sei interessant, daß die sowjetische Regierung diesen Prozeß nicht abgelehnt, sondern ihm zugestimmt habe. Durch den Artikel von Bundesminister Schröder in „Foreign Affairs“<sup>36</sup> sei bekannt, daß die Bundesregierung hierin mit der britischen Regierung übereinstimme.

Im allgemeinen sei der Empfang britischer Regierungsvertreter bei den osteuropäischen Regierungen ganz herzlich. Nur zum Thema Deutschland lasse man dort so gut wie gar nicht mit sich reden. Es wäre interessant zu hören, ob es deutsche Anregungen zur Verbesserung dieser Situation gibt.

Außenminister Schröder äußerte zum Problem der Nichtverbreitung von Atomwaffen, daß es sehr nützlich sein würde, die Einstellung der Sowjets zu ergründen. Da sich Rot-China, das die einzige wirkliche bedeutende und rück-

<sup>33</sup> Zur indischen Haltung vgl. auch Dok. 259, Anm. 13.

<sup>34</sup> Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 300, Anm. 26.

<sup>35</sup> Am 26. Oktober 1965 gab Botschafter Grewe, Paris (NATO), aus der britischen Unterrichtung über die Gespräche zwischen dem britischen und dem sowjetischen Außenminister in New York weiter: „Gromykos Äußerungen zum Thema Europäische Sicherheit habe außer den bekannten Angriffen auf die Bundesrepublik und der Wiederholung der bekannten Argumente über die sowjetische Deutschlandpolitik (keine Wiedervereinigung ohne Verhandlungen der ‚beiden deutschen Staaten‘) nichts Neues erbracht. Die MLF/ANF habe er als bedeutendes Hindernis auf dem Wege zur W[ieder]V[ereinigung] bezeichnet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1481; VS-Bd. 2456 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>36</sup> Vgl. dazu Dok. 423, Anm. 35.

sichtslose neue Nuklearmacht sein würde, in ein NV-Abkommen nicht einbeziehen lassen werde, sei das sowjetische Interesse an einem Abkommen möglicherweise recht begrenzt. Israel und ähnliche Länder interessierten die Sowjetunion in diesem Zusammenhang sicher wenig. In Genf habe man gesehen, daß der hauptsächliche Aspekt für die Sowjetunion in der Deutschlandfrage läge, weil das eigentliche Problem, nämlich Rot-China<sup>37</sup>, nicht gelöst werden könne. So könne man – wenn auch vielleicht etwas übertrieben – sagen, daß für die Sowjetunion die NV-Politik in Wirklichkeit Deutschland-Politik ist.

Hinsichtlich der Nichtverbreitung von Atomwaffen bedeutet die Schaffung der atomaren Mitverantwortung innerhalb der NATO keine neue Situation. Die Zahl der Nuklearmächte würde nicht vergrößert werden. Man sollte den Sowjets sagen, daß nur eine Umorganisation in der NATO beabsichtigt ist. So weit die Sowjetunion den Wunsch äußere, Deutschland aus jeglicher Form nuklearer Mitverantwortung herauszuhalten, müsse man den Sowjets sagen, daß diese Frage im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems und zusammen mit Schritten zur Wiedervereinigung Deutschlands sehr viel einfacher diskutiert werden könnte als heute. Die europäische Sicherheitsfrage sieht heute im Zeichen der Teilung Deutschlands ganz anders aus als morgen im Zeichen eines europäischen Sicherheitssystems. Die Lösung der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit liege somit im eigenen Interesse der Sowjetunion. Nukleare Probleme der Allianz stünden dem nicht im Wege.

Bundesminister Schröder teilte mit, daß er heute morgen schon Premierminister Wilson gesagt habe<sup>38</sup>, wir bemühten uns sehr, unsere Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Ländern zu verbessern. Hinsichtlich der Sowjetunion hätte sich dabei bisher keine erfolgversprechende Aussicht ergeben. Die Bemühungen hinsichtlich der osteuropäischen Länder hätten einige Ansätze gezeigt. Vielleicht könnten wir noch mehr tun, wenn wir durch die Briten und andere Verbündete unterstützt würden. Endgültige Lösungen seien allerdings nur zu finden, wenn es zu einer befriedigenden Regelung der Wiedervereinigungsfrage komme.

Für uns sei die Argumentation gegenüber den osteuropäischen Ländern sehr ähnlich derjenigen gegenüber der Sowjetunion. Wir glauben, daß eine ernsthafte Diskussion über die Wiedervereinigung alle Elemente der heutigen Schwierigkeiten einbeziehen würde. Das einzige, was wirklich im Wege stehe, sei die Meinung der Sowjetunion, daß ihre Herrschaft über die SBZ unersetzlich sei. Sobald hier eine Änderung eintrete, bleibe nur noch das Problem der europäischen Sicherheit und die Grenzfrage übrig, die wir beide für lösbar halten – allerdings nicht ohne Behandlung der Wiedervereinigungsfrage.<sup>39</sup>

<sup>37</sup> Am 6. September 1965 stellte Botschaftsrat I. Klasse Hartlieb, Paris (NATO), dazu fest: „Zweifellos bietet die potentiell immer stärker ins Gewicht fallende chinesische Bombe für die Kampagne nach absoluter Nichtverbreitung einen ausgezeichneten ‚Aufhänger‘. [...] Ganz offensichtlich laufen die Interessen der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands darin parallel, eine Aushöhlung ihrer Atomvormacht zu verhindern.“ Vgl. Referat II 8, Bd. 50.

<sup>38</sup> Vgl. Dok. 422.

<sup>39</sup> Dazu führte Bundesminister Schröder am 14. November 1965 in einem Interview mit der Zeitung „Welt am Sonntag“ aus: „Den osteuropäischen Staaten muß die Wiedervereinigung erstrebenswert gemacht werden. Das ist der politische Grund unserer Forderung, daß die Grenzfrage nur in einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung geregelt werden darf.“ Die Bundes-

Ohne die Wiedervereinigung zu betreiben, sei es zwecklos, diese Probleme in Angriff zu nehmen. Werde unser Interesse an der Wiedervereinigung berücksichtigt, so könnten wir einem Nichtverbreitungsabkommen zustimmen.<sup>40</sup> Dazu sei allerdings zusätzlich und ohne die deutsche Regierung eindeutig festzulegen, noch folgendes zu sagen: Wenn das Interesse der Sowjetunion an einem weltweiten NV-Abkommen feststeht, werden wir dessen Abschluß nicht im Wege stehen, falls es möglich ist, vorher das nukleare Problem der Allianz zu lösen.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen von Außenminister Stewart über eine etwaige weitergehende Zusammenarbeit zwischen dem Westen und dem Osten und vielleicht sogar eine west-östliche Nukleargarantie für Indien sagte der Herr Bundesminister, daß dies für uns alles akzeptabel sei, uns aber keine Fortschritte für die Lösung unserer, d. h. der deutschen Probleme erbringe.

Außenminister *Stewart* äußerte Zweifel, ob er die Schaffung einer NATO-Kernwaffenstreitmacht den Sowjets als „Umorganisation“ erklären könnte, wenn doch die Deutschen daran beteiligt würden.

Bundesminister *Schröder* erklärte, man könne in der Tat dies als eine nützliche Umorganisation der Allianz bezeichnen. Das entscheidende Argument für die USA und Großbritannien läge darin, daß die Schaffung dieser Streitmacht keine Weitergabe von Atomwaffen bedeute. Das Bündnis stelle sich dadurch somit den Sowjets nicht geändert, nur geschlossener, überzeugender dar. Das dürfte leicht zu erläutern sein.

Außenminister *Stewart* sagte zu, diesen Gesichtspunkt, nämlich daß die Schaffung eines bündniseigenen nuklearen Waffensystems zwar die Atlantische Allianz stärke, aber nicht als Weiterverbreitung von Atomwaffen zu werten sei, bei seinem Besuch in Moskau geltend zu machen.

Unter Bezugnahme auf die Äußerungen des Herrn Bundesministers über ein neues europäisches Sicherheitssystem in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands fragte Außenminister Stewart, ob der Herr Bundesminister sagen könnte, in welcher Form ein solches europäisches Sicherheitssystem verwirklicht werden könnte. Ob es für nützlich erachtet würde, wenn im nächsten Jahre zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten und Großbritannien offizielle Überlegungen<sup>41</sup> angestellt werden könnten, wie ein solches System auszusehen hätte?

Bundesminister *Schröder* erklärte, er könne hierauf keine offizielle Antwort geben. Hierzu müsse die Entwicklung der gesamten Lage in einigen Monaten abgewartet werden. Es bestünde in dieser Beziehung eine Sorge: Wenn dieses zwar interessante, aber auch besonders heikle Thema in offiziellen Diskussionen behandelt werde und dabei keine Fortschritte erzielt würden, dann könne der Schaden größer sein als der Nutzen. Es müsse immer wieder betont wer-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1781*

regierung dürfe ihre „Positionen mit Bezug auf die deutschen Ostgebiete ohne Beziehung zum Wiedervereinigungskomplex weder preisgeben noch schwächen“. Vgl. BULLETIN 1965, S. 1471.

<sup>40</sup> Vgl. dazu Dok. 315 und Dok. 320, Anm. 2.

<sup>41</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „über die europäische Sicherheit“.

den, daß Fortschritte nur möglich sind, wenn die Lage in Mitteleuropa bereinigt und befriedigt wird. Die Frage der europäischen Sicherheit würde für ein von seinem schwersten Problem befreites, wiedervereinigtes Deutschland ein völlig anderes Aussehen haben als heute. Im übrigen können diese Diskussionen nur von Nutzen sein, wenn sie zu Bewegung und Auflockerung nicht nur im Westen, sondern auch im Osten führen.

Auf die Frage von Außenminister *Stewart*, was er in Moskau sonst noch vorbringen könnte, erwiderte der Herr *Bundesminister*, er wäre dankbar, wenn Mr. Stewart aus seiner eigenen Kenntnis Deutschlands heraus der zur Zeit wieder sehr hochgehenden sowjetischen Propaganda gegen die „faschistischen, revanchistischen und militaristischen“ Deutschen<sup>42</sup> entgegentreten würde. Er möge bezeugen, daß auch wir immer nur von Möglichkeiten und Lösungen sprechen, die das Interesse der anderen Seite berücksichtigen. Appelle an die Vernunft und an das Eigeninteresse der anderen Seite an einer Überwindung der Teilung Deutschlands müßten doch Erfolge erzielen.

Dem Wunsch von Außenminister Stewart nachkommend, berichtete Bundesminister Schröder anschließend über seine Reise nach Paris sowie über die französische Haltung zum Gemeinsamen Markt und zur NATO.<sup>43</sup>

Für die französischen Absichten hinsichtlich der NATO habe der Besuch in Paris keine neuen Hinweise ergeben. Bei der Behandlung der Beziehungen USA-Europa, USA-Frankreich und USA-Deutschland habe der französische Außenminister als den eigentlichen Kern seiner Kritik<sup>44</sup> die NATO genannt. Zur Frage, wann die Franzosen mit neuen Ideen zur Reform der NATO hervortreten würden, wäre nichts Neues zu erfahren gewesen. Man müsse annehmen, daß Frankreich auf alle Fälle gewillt sei, bis 1969 den Schutz des Bündnisses in Anspruch zu nehmen. Wie es im Laufe dieser Jahre die Diskussion über Reformen – wenn auch nur halboffiziell – zu beeinflussen gedenke, sei noch nicht abzusehen.

Hierzu meinte Außenminister *Stewart*, daß man den Äußerungen von General de Gaulle entnehmen könne, für ihn bestünde die NATO nur noch auf dem Papier.<sup>45</sup> Trotzdem erscheine es nicht ratsam, de Gaulle zu näheren Erklärungen zu drängen. Es erscheine auch nicht angebracht, den NATO-Ministerrat hierfür zu benutzen, wie Minister Spaak es vorhabe.<sup>46</sup> Es sollten vielmehr von den Briten, den Amerikanern und den Deutschen Überlegungen angestellt werden, was zu tun sei, wenn Frankreich aus der NATO ausscheide. Es würde nicht schaden, wenn die Franzosen erführen, daß diese Überlegungen angestellt werden. Vielleicht habe de Gaulle den Eindruck, daß er der NATO nur stark

<sup>42</sup> Vgl. dazu auch Dok. 428.

<sup>43</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 12./13. November 1965 vgl. Dok. 413 und Dok. 416.

<sup>44</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen: „stets kurzerhand“.

<sup>45</sup> Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten zur NATO vgl. Dok. 413, Anm. 27.

<sup>46</sup> Während eines Besuchs am 18./19. Oktober 1965 in Washington äußerte der belgische Außenminister, „man müsse unter allen Umständen zuerst General de Gaulle dazu bringen, seine Forderungen zu präzisieren [...]. Die NATO-Ministerratstagung im Dezember werde eine Gelegenheit sein, Frankreich erneut nach seinen Vorstellungen zu fragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2640 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 22. Oktober 1965; VS-Bd. 2431 (I A 2); B 150, Aktenkopianen 1965.

genug zu drohen brauche, um alles zu erreichen, was er wolle. Überlegungen der anderen über eine NATO ohne Frankreich könnten Frankreich beeindrucken.

Nach Ansicht von Bundesminister *Schröder* wird bei der NATO-Ministerkonferenz im Dezember<sup>47</sup> keine wirkliche Diskussion über dieses Thema stattfinden. Der Ansicht von Mr. Stewart, daß es nicht zweckmäßig wäre, de Gaulle zur Offenlegung seiner Absichten zu drängen, stimme er zu. Er neige hier zu einer konservativen Therapie, wenn dieses Wort gestattet sei.

Auch hinsichtlich der Überlegungen, was zu tun sei, wenn Frankreich aus der NATO ausscheide, stimme er Mr. Stewart zu.

Es sei zu bezweifeln, daß de Gaulle mit seinen Methoden in den letzten Jahren etwas Konstruktives erreicht habe. Unsere Politik sei doch offensichtlich konstruktiver gewesen, indem sie die von den Verträgen vorgezeichnete Linie eingehalten habe.

Hierzu meinte Mr. *Stewart*, die französische Politik sei sicher nicht konstruktiv, wolle es wohl aber auch nicht sein.

Auf eine Frage von Mr. Stewart nach der Lage der EWG erwiderte Bundesminister *Schröder*, es sei sehr schwer zu sagen, welches die französische Haltung gegenüber der EWG im nächsten halben Jahr sein werde. Die zur Zeit besäufenden Äußerungen von französischer Seite<sup>48</sup> könnten im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen<sup>49</sup> gesehen werden. Daher bliebe die Frage offen, ob Frankreich sich nach den Wahlen wirklich kooperativer zeigen werde. Es stehe fest, daß General de Gaulle einige fundamental entgegengesetzte Programmpunkte habe.

Es sei nicht zu befürchten, daß von Mehrheitsentscheidungen (ab Januar 1966)<sup>50</sup> in wesentlichen Fragen ein exzessiver Gebrauch gemacht würde.

Kein Mitgliedstaat werde in lebenswichtigen Fragen überstimmt werden. Vertragsänderungen würden nicht erfolgen.

Schwieriger sei das Problem, welche Rolle die Kommission spielen solle. Bis her sei sie mit unserer Zustimmung eine Art Initiator gewesen. Das habe Erfolge gezeigt. Frankreich möchte erreichen, daß aus der Kommission stattdessen ein Exekutor wird. Das wäre eine bedeutende Veränderung, zu der es allerdings keiner Änderung des Vertrages bedürfte, wenn man sich darüber verständigte. Es bestehe der Eindruck, daß Frankreich eine allgemeine Änderung der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft durch Zustimmung der Regierungen für möglich halte. Frankreich möchte die bestehende Kommission auswechseln.<sup>51</sup> Das würde erhebliche Schwierigkeiten heraufbeschwören.

<sup>47</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 14. bis 16. Dezember 1965 in Paris vgl. Dok. 473.

<sup>48</sup> Vgl. zuletzt Dok. 416.

<sup>49</sup> Am 5. Dezember 1965 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>50</sup> Vgl. dazu Dok. 267, Anm. 27.

Zur deutschen Haltung in dieser Frage vgl. Dok. 412.

<sup>51</sup> Vgl. dazu Dok. 412, Anm. 13.

Aus einem Gespräch mit dem französischen Botschaftsrat Comte de Nazelle notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stempel am 23. November 1965, „daß die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Kommission nach Inkrafttreten des Fusionsvertrages nach

Andere Fragen seien sekundärer Art, so z. B. ob man zur Diskussion dieser Fragen in Brüssel oder woanders tagen wolle.<sup>52</sup>

Sei man bereit, die Gemeinschaft sich mehr oder weniger in der bisherigen Richtung weiterentwickeln zu lassen, so beständen Aussichten für Behebung der bestehenden Schwierigkeiten. Wolle man aber bedeutende Änderungen herbeiführen, so sei Anlaß zur Skepsis gegeben.

Hinsichtlich der EFTA sei der Wille der Fünf zu einer guten Zusammenarbeit ausgesprochen worden und auch tatsächlich vorhanden.<sup>53</sup> Bald werde sich zeigen, welche Entscheidungen für die Kennedy-Runde getroffen werden müssen.<sup>54</sup> Davon werden EWG und EFTA gleichmäßig berührt werden.

Alles was von britischer Seite erfolge, um das Interesse Großbritanniens an einer positiven europäischen Entwicklung zu unterstreichen, sei nützlich. Je näher Großbritannien dieser Entwicklung stehe, je besser. Das sei auch aus psychologischen Gründen wichtig.

Außenminister *Stewart* erwiderte, die Schwierigkeiten, die Großbritannien gehindert hätten, Mitglied des Gemeinsamen Marktes zu werden<sup>55</sup>, seien bekannt. Die britische Regierung habe ihren Interessen an einem größeren europäischen Markt genügend Ausdruck gegeben.<sup>56</sup> Das möge als eine etwas zu allgemeine Erklärung anmuten, sei aber trotzdem hoffentlich von Nutzen. Von britischer Seite werde alles getan, um die Atmosphäre zwischen beiden Organisationen zu verbessern.

Abschließend dankte der britische Außenminister nochmals der Bundesregierung für die in der Rhodesien-Krise erwiesene Unterstützung.<sup>57</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1784*

französischer Ansicht integraler Bestandteil der politischen Aussprache der Außenminister über die institutionellen Fragen sei. Professor Hallstein sei für die französische Regierung als Präsident der neuen Kommission nicht mehr tragbar, da der französischen Regierung Beweise dafür vorlägen, daß Präsident Hallstein die Opposition in Frankreich gegen de Gaulle unterstützt habe.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1326.

<sup>52</sup> Vgl. dazu Dok. 412.

<sup>53</sup> Der EFTA-Ministerrat sprach sich auf der Tagung am 28./29. Oktober 1965 in Kopenhagen für eine gemeinsame Ministertagung mit der EWG und generell für eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Gemeinschaften aus. Vgl. das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1965, D 624–626. Zur Reaktion der EWG-Mitgliedstaaten berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), am 17. November 1965: „Gegenüber dem deutschen Wunsch, die Behandlung der EFTA-Initiative als selbständigen Punkt in der TO des Rates zu sehen, reagierten die übrigen Delegationen negativ.“ Sie befürchteten, „daß eine formelle Einschreibung in die Tagesordnung des Rats Anlaß zu unerwünschten Spekulationen über eine materielle Stellungnahme der Fünf gäbe sowie falsche Hoffnungen wecken würde“. Die italienische Delegation wies darauf hin, „daß EFTA keine Antwort der Fünf, sondern der Sechs erwarte“. Zustimmung fand jedoch der deutsche Vorschlag, eine kurze Erklärung vorzubereiten „in dem Sinne, daß man vom Memorandum der EFTA mit Interesse Kenntnis genommen habe und hoffe, der Rat könne nach baldiger Beilegung der Krise in Kürze antworten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1786; Referat I A 2, Bd. 1292.

<sup>54</sup> Zum Stand der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. Dok. 348, Anm. 15, und weiter Dok. 465, Anm. 9.

<sup>55</sup> Am 28./29. Januar 1963 scheiterte ein britischer Beitritt zur EWG. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

<sup>56</sup> Vgl. dazu Dok. 230, Anm. 9.

<sup>57</sup> Vgl. dazu besonders Dok. 423, Anm. 7.

Bundesminister *Schröder* versicherte, daß wir an dieser Linie festhalten würden.

Bei der kurzen Beratung, welche Erklärungen der Presse über diese Besprechungen zu übermitteln seien<sup>58</sup>, erwähnte der Herr Bundesminister, daß Premierminister Wilson ihm heute morgen gesagt habe, er hoffe, den Herrn Bundeskanzler bald im nächsten Jahre zu Besprechungen in London<sup>59</sup> begrüßen zu können.

Die Besprechung endete um 17.25 Uhr.

VS-Bd. 2509 (I A 5)

425

### **Staatssekretär Lahr an das Bundesministerium der Finanzen**

**St.S. 2708/65 geheim**

**19. November 1965<sup>1</sup>**

Betr.: Wirtschaftshilfe für Israel<sup>2</sup>

In einer Chefbesprechung unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers, an der für Ihr Haus Staatssekretär Grund teilgenommen hat<sup>3</sup>, ist das Auswärtige Amt ermächtigt worden, in den bevorstehenden deutsch-israelischen Verhandlungen über eine Wirtschaftshilfe 1965 außer den bereits gezahlten etwa 75 Millionen DM<sup>4</sup> einen weiteren Betrag von 75 Millionen DM anzubieten. Herr Staatssekretär Grund hat darauf hingewiesen, daß die Kassenlage des Bundes eine Auszahlung dieses Betrages erst Anfang Januar 1966 gestatte. Vom Auswärtigen Amt wurde ausgeführt, daß die voraussichtlich ohnehin sehr schwierigen Verhandlungen eine sehr gefährliche zusätzliche Belastung erfahren würden, wenn wir den Israelis sagen müßten, daß sie den für 1965 vorgesehenen weiteren Betrag nicht in diesem Jahr, sondern erst Anfang des nächsten Jahres er-

<sup>58</sup> Vgl. dazu den Artikel „Bonn und London arbeiten künftig enger zusammen“; DIE WELT, Nr. 270 vom 20. November 1965, S. 1. Vgl. ferner den Artikel „Value of talks by Dr. Schröder“; THE TIMES, Nr. 56484 vom 20. November 1965, S. 8.

<sup>59</sup> Bundeskanzler Erhard hielt sich vom 23. bis 25. Mai 1966 in London auf. Für die Gespräche mit Premierminister Wilson am 23. Mai, mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan am 24. Mai sowie die deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 23. und 24. Mai 1966 vgl. AAPD 1966.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Eine weitere Ausfertigung hat Staatssekretär Carstens vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen vgl. zuletzt Dok. 409 und weiter Dok. 439.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 16. November 1965; VS-Bd. 444 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>4</sup> Zu der im Rahmen der geheimgehaltenen Aktion „Geschäftsfreund“ bereits geleisteten Zahlung vgl. Dok. 257.

halten würden.<sup>5</sup> Der israelische Botschafter<sup>6</sup> habe wiederholt darauf hingewiesen, daß sein Land im festen Vertrauen darauf, daß wir unsere bisherigen Leistungen jedenfalls nicht vermindern würden, in seinem Haushalt für 1965 diesen Betrag eingesetzt habe und von uns erwarte, jedenfalls diesen Betrag noch im laufenden Haushaltsjahr zu erhalten. Er habe ferner durchblicken lassen, daß, wenn unser Angebot für sein Land zu enttäuschend wäre, wir mit dem sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu rechnen hätten.<sup>7</sup> Es wurde beschlossen, alles zu tun, um zu einer Vorfinanzierung mit dem Ziel einer Auszahlung gegen Jahresende zu gelangen.

Angesichts der uns bekannten hohen Forderungen, mit denen die Israelis in die Verhandlungen eintreten, ist eine Enttäuschung der Israelis gewiß. Wenn wir Israel nun auch darin enttäuschen, daß wir die Zahlung nicht mehr in diesem Haushaltsjahr vornehmen – worauf die Israelis offensichtlich aus den gleichen gewichtigen Gründen Wert legen wie Sie, unter umgekehrten Vorzeichen, Wert darauf legen, nicht zu zahlen –, besteht die Gefahr eines politischen Eklats, den wir unbedingt vermeiden müssen.

Aus den gestrigen Besprechungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich ergeben, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau in der Lage ist, den in Frage stehenden Betrag von 75 Millionen DM vorzufinanzieren, wenn andere Fälligkeiten in Höhe von 40–60 Millionen DM vom Bund termingerecht abgedeckt werden.<sup>8</sup> Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mitteilt, hat es einen dahin ziellenden Antrag an Sie gerichtet. Diesem Antrag schließt sich das Auswärtige Amt aus den vorgenannten Gründen an.<sup>9</sup>

In Vertretung  
Lahr<sup>10</sup>

VS-Bd. 444 (Büro Staatssekretär)

<sup>5</sup> Dazu stellte Staatssekretär Lahr am 16. November 1965 fest, es gebe zwar keine rechtlichen Verpflichtungen für eine solche Zahlung; es sei jedoch zu berücksichtigen, daß sich „ein gewisser Rhythmus von Zahlungen entwickelt hat, den abzubrechen oder zu verschlechtern aus politischen Gründen nicht möglich ist“. Vgl. VS-Bd. 444 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Asher Ben Natan.

<sup>7</sup> Vgl. dazu auch Dok. 420.

<sup>8</sup> Zu den Schwierigkeiten, die Mittel zur Zahlung der 75 Mio. DM an Israel noch 1965 aufzubringen, vgl. auch Dok. 380, besonders Ann. 21.

<sup>9</sup> Am 30. November antwortete der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Grund, er sei zu seinem Bedauern „gezwungen, die von der Kreditanstalt noch für dieses Jahr in Aussicht gestellten Geldmarktmittel in Höhe von 75 Mio DM vorrangig für die Finanzierung der ungedeckten Dezember-Fälligkeiten aus laufenden Kapitalhilfeverträgen zu verwenden. [...] Auf der anderen Seite müßte aber doch auch bei der israelischen Verhandlungsdelegation Verständnis für unsere Haushalts- und Kassenlage zu finden sein, zumal die Auszahlung der 75 Mio. DM allenfalls um wenige Wochen verschoben wird und das israelische Haushaltssrecht sicher gestattet, eine Anfang Januar 1966 geleistete Zahlung noch beim Haushaltsschluss 1965 zu berücksichtigen.“ Vgl. VS-Bd. 444 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>10</sup> Paraphe vom 20. November 1965.

426

**Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-9696/65 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2878**  
**Cito**

**Aufgabe: 19. November 1965, 19.30 Uhr**  
**Ankunft: 20. November 1965, 02.01 Uhr**

Betr.: Informationsunterlagen für Bundeskanzlerbesuch<sup>1</sup>

Bezug: Anschluß an DB 2843 vom 18. 11. – Nr. 9b – Berlin<sup>2</sup>

I. Die Deutschlandabteilung hat nicht die Absicht, das Thema Berlin zum Gespräch auf höchster Ebene vorzuschlagen, da zur Zeit keine unmittelbar akuten Berliner Probleme gegeben seien. Auch glaube man, daß die gegenwärtige Periode der relativen Ruhe in Berlin zunächst weiter anhalten werde, weil die sowjetische/sowjetzonale Seite nicht an einem neuen Spannungszustand um Berlin interessiert sei. Man sieht hierfür folgende Gründe:

- a) Die Sowjetunion stelle die Berlin-Frage zugunsten der bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und von Fortschritten in den europäischen Sicherheitsproblemen vorerst zurück.
- b) Die Zone sei durch die kürzliche Mitteilung Moskaus, daß sie künftig nicht mehr mit weiteren sowjetischen wirtschaftlichen Unterstützungen rechnen könne, in eine stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit von der Bundesrepublik und dem übrigen Westen geraten. Infolgedessen sei ihr Spielraum in der Berlin-Frage eingeengt. Allerdings schließe das nicht aus, daß die sowjetisch/sowjetzonale Seite Störungsmaßnahmen ergreifen könnte, falls der Westen dazu Vorwände liefern würde. Auch müsse weiterhin mit Störungen, „die nichts kosteten“, gerechnet werden.

II. Im Bereich der Berlin-Frage stehen im State Department folgende Einzelthemen im Vordergrund:

- 1) Einbeziehung Berlins in internationale Verträge der Bundesrepublik Deutschland (Berlin-Klausel)

Den deutschen Überlegungen zur Änderung des Einbeziehungsverfahrens<sup>3</sup> wird Verständnis entgegengebracht<sup>4</sup>, da man in dem weiteren Ausbau der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ein wesentliches Element der Wiedervereinigungspolitik sieht. Allerdings wird gefordert, daß die Prärogativen der alliierten Kommandatura in Berlin dabei nicht beeinträchtigt werden. Man wird zu dieser Frage aber erst nach Eingang und Prüfung

<sup>1</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 20. Dezember 1965 in den USA vgl. Dok. 465–469.

<sup>2</sup> Botschafter Knappstein, Washington, übermittelte Beiträge zur Informationsmappe für den Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 20. Dezember 1965 in Washington und kündigte Drahtberichte zu weiteren Themen an. Vgl. VS-Bd. 3145 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 286.

<sup>4</sup> Zur amerikanischen Haltung hinsichtlich einer Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge vgl. auch Dok. 328.

des in Aussicht gestellten deutschen Rechtsgutachtens<sup>5</sup> Stellung nehmen können.<sup>6</sup>

### 2) Abhaltung von Bundestagssitzungen in Berlin

Trotz der überwiegend kritischen Einschätzung der Opportunität von Bundestagssitzungen in Berlin<sup>7</sup> scheint in diesem Bereich noch keine Entscheidung für die Zukunft getroffen worden zu sein. Man erwartet von der deutschen Seite, daß sie die drei Westmächte über solche Absichten unterrichtet, bevor sie der Öffentlichkeit bekannt würden. In jedem Einzelfalle müsse sorgfältig abgewogen werden, ob die Abhaltung von Bundestagssitzungen für Berlin so viel einbringe, daß die offensichtlichen Nachteile in Kauf genommen werden könnten.<sup>8</sup>

### 3) Pass- und Sichtvermerksfrage

Obwohl die amerikanische Seite die deutschen Befürchtungen, daß sowjetische/sowjetzonale Maßnahmen auf diesem Gebiet in naher Zukunft bevorste-

<sup>5</sup> Zur Übergabe einer ersten Stellungnahme an die Vertreter der Drei Mächte am 22. Juni 1965 vgl. Dok. 286, Anm. 6. Ein weiteres Memorandum wurde den Alliierten zwar in Aussicht gestellt, auf Weisung des Staatssekretärs Carstens aber zunächst nicht weitergegeben. Vgl. dazu Dok. 292, Anm. 30.

Am 2. November 1965 mahnten die Botschafter McGhee, Roberts und Seydoux die Übermittlung „des ihnen bereits mündlich angekündigten juristischen Papiers“ an. Referat V 1 sprach sich am 10. November 1965 für eine baldige Weitergabe aus und gab der Sorge darüber Ausdruck, „daß bis heute auch den Rechtsabteilungen der drei Außenministerien lediglich ein unter vorwiegend politischen Gesichtspunkten abgefaßter Text zur Prüfung vorliegt und die sehr wesentlichen juristischen Details unserer Vorschläge dort nicht bekannt sind. Es ist nicht auszuschließen, daß hierdurch auf alliierter Seite Mißverständnisse entstehen, die zu einer vorzeitigen negativen Festlegung unseren Vorschlägen gegenüber führen könnten.“ Vgl. VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Vgl. weiter Dok. 435.

<sup>7</sup> Am 18. Oktober 1965 teilte Gesandter von Lilienfeld, Washington, mit, der stellvertretende Abteilungsleiter Stoessel habe zur Frage der Durchführung von Sitzungen des Bundestags oder Bundesrats in Berlin (West) auf die letzte Bundestagssitzung hingewiesen und geäußert, „wenn man die positiven und negativen Aspekte der mit dieser Sitzung verbundenen Umstände und Zwischenfälle vergleiche, so sei er geneigt, sie im Endergebnis als nicht günstig zu bezeichnen (not favorable). Man müsse letzten Endes trotz aller ‚Eventualfälle‘ die Unfähigkeit (inability) der Westmächte berücksichtigen, den zivilen Zugang nach Berlin dauerhaft gegen Störaktionen der Zone zu sichern. Er glaube, daß die Vorbehalte der Westmächte gegen die Abhaltung der Sitzung gerechtfertigt gewesen seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2600; VS-Bd. 3124 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. dazu auch Dok. 174, Anm. 6.

<sup>8</sup> Am 9. Dezember 1965 teilte der amerikanische Botschaftsrat Kidd dazu mit: „Die drei westlichen Alliierten hätten sich bekanntlich lange und ausführlich mit der Frage der Abhaltung von parlamentarischen Sitzungen in Berlin befaßt und seien dabei zu der Ansicht gelangt, daß der Westen von solchen Sitzungen nichts zu gewinnen habe. [...] Die drei Botschaften seien jetzt von ihren Regierungen beauftragt worden, uns mitzuteilen, daß sie unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Zustimmung zu einer Sitzung des Bundestages in Berlin im Jahre 1966 geben werden.“ Die Westmächte traten für die Aufrechterhaltung enger Beziehungen zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) ein; sie „seien jedoch der Ansicht, daß osttentative Demonstrationen, wie sie die Sitzungen parlamentarischer Körperschaften in Berlin darstellten, und die Spannungen, die durch sie hervorgerufen würden, nicht im Interesse dieser Stadt lägen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 9. Dezember 1965; VS-Bd. 3559 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

hen könnten<sup>9</sup>, nicht teilt, unterstützt sie uneingeschränkt die deutschen Bemühungen, das Planungspapier über diesen „Contingency-Fall“<sup>10</sup> zu einem baldigen Abschluß zu bringen.

[gez.] Knappstein

VS-Bd. 3124 (II A 4)

427

### Vermerk des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2720/65 VS-vertraulich

22. November 1965<sup>1</sup>

Betr.: Passierscheinregelung<sup>2</sup>

In der heutigen Besprechung sprachen sich Senator Schütz, Staatssekretär Langer (für Bundesminister Schmücker), Staatssekretär Krautwig (für Bundesminister Mende), Bundesminister Krone für die Annahme des letzten Ost-Berliner Vorschlags<sup>3</sup>, Bundesminister Gradl<sup>4</sup>, Bundesminister Westrick, Staatssekretär von Hase *dagegen* aus. Bedenken wurden besonders gegen eine Erklärung vorgebracht, die Kohl verlesen will und nach der erwartet wird, daß keine „Anschläge gegen den humanitären Geist dieses Abkommens“ erfolgen werden.<sup>5</sup> Ferner wurde geltend gemacht, daß seit August 1965 keine wesentlichen Verbesserungen erreicht worden seien.<sup>6</sup>

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 292, besonders Anm. 11.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 17. bis 28. September 1965 in Moskau gab es erneut „Meldungen aus besonderer Quelle [...], die sich auf die mögliche Einführung eines sowjetzonalen Paß- und Sichtvermerkszwangs und die Möglichkeit einer vervollständigten Inkorporierung Ostberlins in die SBZ“ bezogen. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Jung vom 11. Oktober 1965; Referat II A 4, Bd. 610.

<sup>10</sup> Zu den Bemühungen um ein solches Planungspapier vgl. Dok. 292, besonders Anm. 12–15.

<sup>1</sup> Staatssekretär Carstens vermerkte handschriftlich: „Eilt.“

<sup>2</sup> Zu den Beratungen über eine Passierschein-Vereinbarung vgl. zuletzt Dok. 374.

<sup>3</sup> Zu den Vorschlägen vom 16. August 1965 vgl. Dok. 327.

<sup>4</sup> Durch Pfeil von Bundesminister Schröder als Befürworter der Annahme der Vorschläge gekennzeichnet.

<sup>5</sup> Am 19. November 1965 erklärte sich der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, bereit, bei Unterzeichnung einer neuen Passierschein-Vereinbarung eine Erklärung abzugeben, in der die DDR „ihre generelle Bereitschaft, [...] die Passierscheinverhandlungen fortzusetzen“, zum Ausdruck bringen werde. Dabei werde er auch „die Hoffnung Ausdruck geben, daß die Übereinkunft reibungslos durchgeführt wird und „keine Anschläge gegen den humanitären Geist dieser Übereinkunft“ durchgeführt würden“. Für die Aufzeichnung über das Gespräch des Senatsrats Korber mit Kohl vgl. VS-Bd. 3562 (II 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Am 8. Oktober 1965 wies der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, darauf hin, „daß das Angebot vom 16. August 1965 nach wie vor auf dem Tisch liege“. Die Bundesrepublik sei jedoch im Irrtum, „wenn sie glaube, es bestehe ein Zusammenhang zwischen Interzonenhandel und der Passierscheinfrage oder eine Möglichkeit, über den Interzonenhandel in der Passierscheinfrage eine Lösung zu erzwingen, und daß unsere Seite die Haltung der Bevölkerung der SBZ ver-

Ich legte die außenpolitischen Gesichtspunkte pro (günstige Reaktion im westlichen Ausland, Erhaltung der Bindungen in unserem Volk) und contra (kurze Dauer der Regelung, Gefahr ständig neuer Pressionen)<sup>7</sup> dar und erklärte, eine Abwägung rechtfertige kein negatives Votum unter außenpolitischen Gesichtspunkten.

Senator Schütz gab zu verstehen, daß der Berliner Senat nicht in der Lage sein werde, eine negative Entscheidung in der Öffentlichkeit zu verteidigen, wenn er sie auch respektieren werde.<sup>8</sup>

Die Sache wird morgen im Kabinett<sup>9</sup> behandelt werden.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>10</sup> vorgelegt.

Carstens

VS-Bd. 427 (Büro Staatssekretär)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1790*

kenne, die keineswegs einen Druck auf die Regierung der SBZ in der Passierscheinfrage ausübe.“ Allenfalls könne ein weiteres Gespräch an die Verlängerungsklausel angeknüpft werden. Vgl. den Vermerk des Legationsrats Blech vom 8. Oktober 1965; VS-Bd. 427 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 21. Oktober 1965 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken dazu: „Zur Verlängerungsfrage hat Kohl bisher lediglich die Abgabe einer Erklärung angeboten, die uns inhaltlich nicht zufriedenstellt.“ Vgl. VS-Bd. 2389 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken stellte am 21. Oktober 1965 zur Verhandlungsposition der Bundesregierung fest, es bestehe Bereitschaft zu einer Verlängerung der Passierschein-Regelung „für nur einen Besuchszeitraum Weihnachten 1965“. Jedoch würden zwei Bedingungen gestellt: „Die Härtestelle bleibt unbefristet geöffnet [...]. Die Verlängerungsgespräche werden noch im Jahre 1965 aufgenommen (dadurch wäre die Absicht Pankows durchkreuzt, die Entscheidung über die Aufnahme dieser Gespräche etwa vom ‚Wohlverhalten‘ des Senats während der Weihnachtsbesuchszeit abhängig zu machen).“ Vgl. VS-Bd. 2389 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>8</sup> Vgl. weiter Dok. 434.

<sup>9</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Schröder am 24. November 1965 handschriftlich: „Kab[inet]t hat zugestimmt.“

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Schröder am 23. November 1965 vorgelegen.

428

**Botschafter Groepper, Moskau, an Bundesminister Schröder**

**Z B 6-1-9737/65 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1380**

**Aufgabe: 22. November 1965, 20.20 Uhr**  
**Ankunft: 22. November 1965, 19.50 Uhr**

Nur für Bundesminister, Staatssekretär<sup>1</sup>, D II<sup>2</sup>

Die derzeitige heftige sowjetische Pressekampagne<sup>3</sup> gegen uns wird von westlicher und insbesondere deutscher öffentlicher Meinung zumeist als Ausdruck und bisheriger Höhepunkt einer seit dem Heraufkommen der Ära Breschnew/Kossygin<sup>4</sup> zunehmenden „Verhärtung“ der sowjetischen Deutschlandpolitik angesehen. Man stellt sie der Politik der Sowjetunion in den letzten Regierungsmonaten Chruschtschows gegenüber, der – wie man sagt – mit seiner Absicht eines offiziellen Besuchs in Bonn<sup>5</sup> deutliche Zeichen eines sich anbahnenden Tauwetters zu erkennen gegeben habe. Diese Auffassung geht, was die Politik Chruschtschows anlangt, am Kern der Sache vorbei und ist, was die der „neuen Ära“ betrifft, zumindest ungenau:

1) Die auf rechtliche Fixierung und machtpolitische Verankerung der deutschen Teilung gerichtete sowjetische Deutschlandpolitik liegt in dieser ihrer materiellen Zielsetzung seit 1955 unverändert fest. Sie hat weder unter Chruschtschow Anzeichen eines auch nur zeitweiligen Einlenkens auf unseren Standpunkt erkennen lassen, noch hat sie unter seinen Nachfolgern über das bisherige Ziel hinausgehende Ambitionen für die derzeitige Phase der sowjetischen Deutschlandpolitik (etwa im Sinne einer Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs auch auf Westdeutschland) offenbart. Das gleiche gilt für die Wege, auf denen man sowjetischerseits seit jenem Zeitpunkt das gesteckte Ziel zu erreichen hofft; es sind dies nach wie vor:

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 23. November 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Eine weitere Ausfertigung des Drahtberichts hat Ministerialdirektor Krapf am 24. November 1965 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 3961 (II A 4).

<sup>3</sup> Am 16. November 1965 berichtete Botschafter Groepper, Moskau, in der sowjetischen Presse seit der Bildung der neuen Bundesregierung „eine deutliche quantitative Steigerung derjenigen Meldungen und Kommentare festzustellen, mit deren Hilfe nachgewiesen werden soll, die Bundesrepublik Deutschland sei ‚faschistisch-revanchistisch-militaristisch‘“. Am 19. November 1965 gab Groepper den Inhalt eines Artikels zur Diskussion über die MLF weiter, „in dessen Mittelpunkt die angeblichen ‚atomaren Erpressungsversuche‘ und Bemühungen der Bundesregierung stehen, die NATO und die USA für das ‚revanchistische Programm der Nachfolger Hitlers‘ zu gewinnen. [...] ihre Forderungen nach Gleichberechtigung im Rahmen der Planung der atomaren Verteidigung der NATO verfolgten in Wahrheit das Ziel, selbst Verfügung über Atomwaffen zu erlangen und diese als ‚strategisches Instrument‘ für noch weitergehende Ziele, d. h. für eine Revision der Grenzen Europas einzusetzen.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 1340 und 1359; Referat II A 4, Bd. 607. Vgl. dazu auch Dok. 399 und Dok. 438.

<sup>4</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR vom 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 23, Anm. 29.

<sup>5</sup> Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1964, I, Dok. 150, Dok. 158 und Dok. 163 sowie AAPD 1964, II, Dok. 259.

- a) die Forderung nach Abschluß von Friedensverträgen mit den „beiden deutschen Staaten“ (in dieser Form unter Breschnew und Kossygin zwar nicht mehr so häufig wie unter Chruschtschow gestellt, aber doch zum Beispiel im Kommuniqué anlässlich des Kossygin-Besuchs in Hanoi vom 10. 2. 1965<sup>6</sup> enthalten);
- b) der Wunsch, zu bestimmten „gezielten“ Entspannungsmaßnahmen zu gelangen, die einige besonders wichtige Bestimmungen der Friedensverträge in Sonderabmachungen verwirklichen würden („Denuklearisierung“ Deutschlands, NAP NATO-Warschau-Pakt<sup>7</sup>, Umwandlung des Status der westlichen Besatzungstruppen in Berlin durch deren Unterstellung unter die UNO<sup>8</sup>);
- c) das Bemühen um Anerkennung der SBZ durch die Mehrheit der Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft, wodurch die Viermächte-Verantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes zwangsläufig ihr Ende finden würde.

Wegen der Einzelheiten all dieser seit 1955 konstant gebliebenen Größen im Bereich der sowjetischen Deutschlandpolitik darf ich, um Wiederholungen zu vermeiden, auf meine dem Auswärtigen Amt die diesem Thema mit Bericht vom 18. 3. 1965 -21-80-1291/65 vorgelegte Studie<sup>9</sup> verweisen. Dort habe ich auch versucht darzutun, daß jedes sowjetische Bemühen, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland mit der Hauptstadt Bonn zu „normalisieren“, nicht minder der Förderung der sowjetischen Deutschlandkonzeption zu dienen bestimmt ist, als dies Hetz- und Diffamierungskampagnen gegen uns sind. Sind die letzteren vorwiegend dazu ausersehen, uns selbst und die Westmächte durch unmittelbare Einwirkung sowie durch den erhofften Druck seitens dritter Staaten „zur Mitwirkung an den sowjetischerseits erstrebten ‚gezielten‘ Entspannungsmaßnahmen gefügig zu machen“ (dem diese Mitwirkung letztlich als einzige reale Möglichkeit zur Unterbindung jener unliebsamen Kampagnen erscheinen soll), so soll das erstere Bemühen, wie es z. B. in einem Besuch Chruschtschows in Bonn Ausdruck gefunden hätte, der Dritten Welt die unausgesprochene Nutzanwendung vor Augen führen, daß sich die Deutschen zu beiden Seiten der „Staatsgrenze“ – wie das nunmehr „normale“ Funktionieren der Beziehungen Moskaus zu „beiden Staaten“ zeige – mit der Teilung ihres Landes praktisch längst abgefunden hätten und daß es daher nur natürlich sei, jetzt endlich die „DDR“ anzuerkennen (in dieser Beurtei-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Ministerpräsidenten Kossygin und Pham Van Dong vom 10. Februar 1965 vgl. PRAVDA, Nr. 42 vom 11. Februar 1965, S. 1 und 3.

<sup>7</sup> Zum sowjetischen Vorschlag eines Nichtangriffsabkommens zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 361, Anm. 25.

<sup>8</sup> Am 10. Juli 1962 unterbreitete Ministerpräsident Chruschtschow auf dem „Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden“ in Moskau den Vorschlag, „daß die Besatzungstruppen in Westberlin unter bestimmten Bedingungen durch Truppen der UNO oder neutraler Staaten ersetzt werden. Da hierüber keine Einigung erzielt worden ist, sprechen wir uns dafür aus, daß in Westberlin Truppen Norwegens und Dänemarks oder Belgiens und Hollands wie auch Truppen Polens und der Tschechoslowakei stationiert werden. Diese Truppen müssen natürlich unter der UNO-Flagge dort sein“. Am 12. Dezember 1962 wiederholte Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet, „daß die Flagge der NATO in West-Berlin durch die Flagge der Organisation der Vereinten Nationen ersetzt“ werden sollte. Vgl. DzD IV/8, S. 829 und S. 1492.

<sup>9</sup> Für die Studie „Die sowjetische Haltung in der Deutschland-Frage“ vgl. Referat II A 4, Bd. 609.

lung des Chruschtschow-Besuchs stimmten seinerzeit Kohler, Trevelyan und Baudet uneingeschränkt mit mir überein).

2) Ist es somit auch nicht gerechtfertigt, von einer Verhärtung der – seit über zehn Jahren unverändert harten – sowjetischen Deutschlandpolitik zu sprechen, so muß doch die derzeitige Hetzkampagne gegen uns als Ausdruck einer Verschärfung der Methode angesehen werden, mit deren Hilfe die Sowjetunion auf dem Umwege über die von ihr angestrebten „gezielten“ Entspannungsmaßnahmen die Teilung Deutschlands zu zementieren trachtet. Dies gilt allerdings nur für eine vergleichsweise Gegenüberstellung der jetzigen Situation mit den letzten Monaten der Ära Breschnew/Kossygin.<sup>10</sup> Denn zuvor hatte Chruschtschow Jahre hindurch noch weit schärfere Mittel bei der Verfolgung seiner Ziele angewandt: Berlin-Ultimatum 1958<sup>11</sup>, Drohung mit Separatfriedensvertrag und den daraus zu ziehenden Folgerungen 1958–1962<sup>12</sup>, Errichtung der Berliner Mauer 1961; wiederholter Druck auf das „deutsche Hühnerauge Berlin“ (so Chruschtschow 1963 in Ostberlin)<sup>13</sup> durch Autobahnsperren und Behinderung der Luftzufahrtswege 1961/62<sup>14</sup>; Abschluß des Freundschaftsvertrages mit der „DDR“ am 12. 6. 1964<sup>15</sup>; letztlich auch der Versuch des Aufbaus einer Gegenposition für Berlin auf Kuba 1962<sup>16</sup>; verglichen mit all diesen Drohungen und Willkürakten Chruschtschows muß die derzeitige Hetzkampagne gegen uns (solche hat es auch, wenn auch nicht in so massiver Form, zur Zeit Chruschtschows gegeben – vgl. seinen Weihnachtsbrief vom Dezember 1962 an den damaligen Bundeskanzler Adenauer<sup>17</sup> oder auch die TASS-Erklärung vom 8. März 1964<sup>18</sup>) immer noch als das weit geringere Übel angesehen werden: sie schafft weder ein Fait accompli, noch hat sie ultimatischen Charakter und birgt deshalb auch nicht die Gefahr einer „Eskalation“ in sich. Durch den Verzicht auf solche Mittel unterscheidet sich gerade die Regierung Kossygin sehr wesentlich von der seines Vorgängers, der sein Land hierdurch mehr als einmal mit der Gefahr ernster Verwicklungen und Konflikte (Kuba) konfrontiert hatte.

3) Grund und unmittelbarer Anlaß für die derzeitige Hetzkampagne gegen uns ist zweifellos der sowjetische Wunsch, als Ergebnis der derzeitigen Beratun-

<sup>10</sup> Vermutlich sind die letzten Monate der Ära Chruschtschow gemeint.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 8.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 29.

<sup>13</sup> Am 16. Januar 1963 erklärte der Ministerpräsident Chruschtschow vor dem VI. Parteitag der SED in Ost-Berlin: „Sie haben die Grenze mit West-Berlin Ihrer Kontrolle unterstellt. Und das war der wichtigste Schritt zur Festigung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik.“ Die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) seien nun das „schmerzende Hühnerauge“ des Westens: „Solange es keine auch nur einigermaßen verbindlichen internationalen Verpflichtungen gibt, die den Verkehr auf diesen Wegen regeln, hängt er im großen und ganzen von der Regierung der DDR ab, und so kann sie immer, wenn sie es nur will, den Druck verstärken oder abschwächen.“ Vgl. DzD IV/9, S. 42 f.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 8.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

<sup>16</sup> Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 110, Anm. 18.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Schreibens vom 24. Dezember 1962 vgl. DzD IV/8, S. 1505–1509.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 7. März 1964 vgl. DzD IV/10, S. 348–355.

gen des 18er-Ausschusses in Genf<sup>19</sup> und der damit parallel laufenden bilateralen Gespräche mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien und auch beider letzterer Staaten miteinander und mit uns (Besuch des Herrn Bundesaußenministers in London<sup>20</sup>, bevorstehender Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington<sup>21</sup>) zu einem Nichtverbreitungsabkommen zu gelangen, das der sowjetischen Forderung nach „Denuklearisierung“ Deutschlands voll und ganz entspricht. Offensichtlich hofft man in Moskau, daß wir durch die ständige Hetzkampagne gegen uns schließlich so mürbe werden, daß wir bereit sind, auf MLF, ANF oder jegliches ähnliche Projekt zu verzichten und dadurch unseren Verbündeten, insbesondere den Vereinigten Staaten, die Möglichkeit geben, sich ebenfalls mit Anstand von jenem Projekt zugunsten eines umfassenden Nonproliferation-Abkommens loszusagen, wie es von den Sowjets gewünscht wird. Dabei dürfte man sowjetischerseits weiterhin annehmen, daß wir selbst trotz Verzichts auf MLF und trotz Fehlens jeglichen sowjetischen Entgegenkommens in der Deutschlandfrage einem solchen Nichtverbreitungsabkommen letztlich unsere Zustimmung ebensowenig wie seinerzeit dem Teststopvertrag versagen werden<sup>22</sup>, indem man vermutlich darauf rechnet, daß schon unsere Verbündeten unsere Beteiligung an einem solchen Abkommen in ihrem eigenen Interesse für notwendig erachten werden.<sup>23</sup>

4) Welch entscheidendes Gewicht die Sowjets auf die von ihnen so hartnäckig angestrebte „Denuklearisierung“ Deutschlands legen, habe ich zuletzt im Drahtbericht Nr. 760 vom 21. 7. 1965 – geheim<sup>24</sup> – hervorgehoben. In der Folgezeit ist uns die Bemerkung Kossygins gegenüber dem dänischen Ministerpräsidenten Krag bekannt geworden, daß es der Sowjetunion bei dem Wunsch um das Zustandekommen einer Nichtverbreitungsvereinbarung ausschließlich um den Ausschluß der Bundesrepublik Deutschland von jeglichem Zugang oder sonstiger Beteiligung an der Atomwaffe gehe (vgl. Ziffer 5 des Drahtberichts Nr. 229 VS-vertraulich vom 20. 10. 65 unserer Botschaft in Kopenhagen<sup>25</sup>). Daß es der Sowjetunion tatsächlich auf die Erreichung gerade dieses Ziels ankommt, haben auch die Äußerungen Kusnezows gegenüber Staatssekretär Carstens und Semjonows mir gegenüber bestätigt. Äußerungen prominenter Amerikaner dürften den Sowjets andererseits den Eindruck vermittelt haben, daß schon heute maßgebende Kreise der Vereinigten Staaten bereit wären, auf das MLF- oder jedes ähnliche Projekt zu verzichten, sofern nur ehestens ein Nichtverbreitungsabkommen unter Beteiligung der Sowjetunion

<sup>19</sup> Zu den Beratungen der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. zuletzt Dok. 335.

<sup>20</sup> Zum Besuch vom 19. November 1965 vgl. Dok. 422–424.

<sup>21</sup> Zum Besuch am 20./21. Dezember 1965 vgl. Dok. 465–469.

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik trat dem Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 am 19. August 1963 bei. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 308 und Dok. 314.

<sup>23</sup> Zu den Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. weiter Dok. 449.

<sup>24</sup> Vgl. Dok. 297.

<sup>25</sup> Botschafter Buch, Kopenhagen, berichtete, während des Besuchs des Ministerpräsidenten Krag in der UdSSR vom 7. bis 17. Oktober 1965 habe Ministerpräsident Kossygin geäußert, daß ein Nichtverbreitungsabkommen „solange unmöglich sei, wie das MLF-Projekt nicht aufgegeben werde. [...] Es sei immer noch besser, kein Abkommen über die Non-Proliferation zu schließen, als den Deutschen die Möglichkeit eines Zugangs zu Kernwaffen zu ermöglichen.“ Vgl. VS-Bd. 2455 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

zustande kommt.<sup>26</sup> Insofern verfolgt die vehemente Hetze gegen uns augenscheinlich den Zweck, jenen Kräften in den Vereinigten Staaten (und gleichgesinnten Kreisen in Großbritannien) zusätzliche Unterstützung zu gewähren, damit sich für die noch ausstehende Entscheidung des Präsidenten Johnson die Waagschale schließlich doch zugunsten einer Aufgabe des MLF-Projekts senkt.

5) Unter diesen Umständen halte ich es von unserem Interessenstandpunkt für geboten, daß wir uns durch die derzeitige sowjetische Hetzkampagne nicht beeindruckt zeigen und, soweit dies möglich ist, in diesem Sinne auch auf die deutsche Presse einwirken.<sup>27</sup> Eine auf so hohen Touren laufende Propagandakampagne muß sich zwangsläufig nach einiger Zeit von selbst abnutzen, wenn sie nicht die Zuhörer und Leser langweilen soll. Je weniger Raum wir ihr geben und je gelassener wir uns – auch gegenüber unseren Verbündeten – zeigen, umso eher dürften die Sowjets zu der Erkenntnis kommen, daß es nicht den erhofften Nutzen bringt, diese Kampagne gegen uns fortzusetzen. Umgekehrt würde nach meiner festen Überzeugung jedes von uns gezeigte Gefühl der Betroffenheit oder Nervosität die Sowjets nur zu einer noch intensiveren Fortführung der Kampagne veranlassen.

[gez.] Groepper

VS-Bd. 3961 (II A 4)

<sup>26</sup> Zur Haltung der USA hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. zuletzt Dok. 417.

<sup>27</sup> Am 26. November 1965 stimmte Ministerialdirektor Krapf der Beurteilung der sowjetischen Pressekampagne durch Botschafter Groepper, Moskau, zu und führte aus: „Daß die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Wochen häufig auf eine angebliche ‚Verhärtung‘ der sowjetischen Deutschland-Politik gestoßen wird, ist zum großen Teil der Grundhaltung mehrerer Moskauer Korrespondenten deutscher Zeitschriften sowie einer Reihe von Chefredakteuren, insbesondere mittlerer Tageszeitungen, zuzuschreiben, die den politischen Hintergrund der sowjetischen Politik des Bilateralismus als Mittel zur Verfestigung des Status quo [...] entweder nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen.“ Vgl. VS-Bd. 3961 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

## Botschafter Schlitter, Athen, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-9783/65 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 432

22. November 1965<sup>1</sup>

Aufgabe: 23. November 1965, 07.50 Uhr

Ankunft: 23. November 1965, 17.52 Uhr

1) Koordinationsminister Mitsotakis ist nach Paris abgeflogen, um bei OECD griechische Wünsche in bezug auf Erweiterung Konsortialhilfe<sup>2</sup> vorzutragen. Bisherige Zusagen (Bericht Nr. 633/65 vom 9. Juli 1965) seien angesichts gegenwärtiger Devisenlage unzureichend für Fremdwährungsanteil begonnener Investitionsprojekte. Inangriffnahme neuer dringender Projekte (Stromversorgung usw.) sei zurückgestellt worden, was bedrohliche Verlangsamung Infrastruktur und Industrialisierungsprogrammes bedeute. Griechenland benötige für einige Jahre dringend regelmäßige Hilfe und auch faktische Beteiligung derjenigen Konsortialmitglieder, die trotz Mitgliedschaft an Konsortium noch keine Anleihen zugesagt haben.

2) Gesandter Tetenes, Leiter der handelspolitischen Abteilung im griechischen Außenministerium, ist ebenfalls nach Paris abgereist, um im französischen Außenministerium auf französische Beteiligung an Sitzungen Assoziationsausschusses zu drängen<sup>3</sup>, damit Frage Harmonisierung griechischer Landwirtschaft vorangetrieben werden könne. Weitere Besprechungspunkte Tetenes wahrscheinlich Verwertung französischen Konsortialbeitrags und Korrekturen am Vertragswerk der griechischen Regierung mit Pechiney wegen Aluminium Hellas.

Botschafter Kyrou aus Bonn wurde ebenfalls zu Besprechungen nach Paris gerufen.

3) Hatte mit Tetenes unmittelbar vor seiner Abreise ausführliches Gespräch über Gesamtkomplex schwiegender wirtschaftlicher Probleme und griechischer Anliegen, wobei ich zunächst auf unsere derzeitige Finanzlage<sup>4</sup> hinwies und deutlich erklärte, daß im Augenblick zusätzliche Finanzhilfe unmöglich sei.<sup>5</sup> Tetenes legte bedrohliche Wirtschafts- und Finanzlage Griechenlands

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 24. November 1965 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Frank und Referat I A 4 verfügte.

<sup>2</sup> Zur Tätigkeit des OECD-Konsortiums für Griechenland vgl. Dok. 366, Anm. 3.

<sup>3</sup> In der Sitzung des Assoziierungsausschusses der EWG für Griechenland am 16. Dezember 1965 war Frankreich durch den Geschäftsträger bei der EWG und EAG in Brüssel, Ulrich, vertreten. Vgl. die Aufzeichnung des Mitarbeiters im Bundesministerium für Wirtschaft, Walendy, vom 22. Dezember 1965; Referat I A 2, Bd. 1226.

<sup>4</sup> Zu den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zum Ausgleich des Haushaltsdefizits vgl. Dok. 422, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zur Wirtschaftshilfe an Griechenland vgl. bereits Dok. 366.

Am 22. November 1965 notierte Ministerialdirektor Harkort, Griechenland habe bislang Finanzhilfe „in Höhe von 505 Mio. DM erhalten. Davon stehen Griechenland noch 200 Mio. DM für das Megalopolis-Kraftwerkprojekt zur Verfügung. Von deutscher Seite ist vorgeschlagen worden, das Projekt Megalopolis (Devisenkostenanteil 250 Mio. DM) griechischerseits fallen zu lassen und anstatt dessen zwei kleinere Kraftwerke (Aliakmon und Piräus) mit einem Devisenkostenanteil

dar, insbesondere die beunruhigende Devisenlage<sup>6</sup> und die innenpolitischen Gefahren<sup>7</sup>, falls statt erforderlicher weiterer öffentlicher Investitionen die bereits begonnenen Investitionsvorhaben gedrosselt werden müßten. Regierung müsse in die Lage versetzt werden, Erfolg in der Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu haben. Er betonte, daß Griechenland bei allen Gelegenheiten deutschen Wünschen in bezug auf SBZ entgegengekommen sei, was sich auch jetzt wieder bei strikter Einhaltung Einreiseformalitäten anläßlich Besuchs Beil<sup>8</sup> und Verhandlungsführung im Rahmen Bankenabkommens erweise. Überfluggenehmigung Strecke Athen–Nicosia würde keinesfalls über 26. Dezember hinaus verlängert werden.<sup>9</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1797*

von nur ungefähr 160–170 Mio. DM zu errichten. Die hierbei freiwerdenden ca. 30–40 Mio. DM könnten für andere Projekte verwandt und mittelbar zur Entlastung des griechischen Devisenhaushalts [...] eingesetzt werden.“ Vgl. VS-Bd. 5109 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Zur griechischen Haushaltsslage vgl. den Drahtbericht Nr. 441 des Botschafters Schlitter, Athen, vom 2. Dezember 1965; VS-Bd. 805 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

Bereits am 22. November 1965 stellte Ministerialdirektor Harkort fest: „Da Griechenlands Devisenreserven sich per 30. 9. 1965 auf 243 Mio. \$ beliefen (30. 9. 64 = 268 Mio.), was einer Deckung von 34 % entspricht und für eine drei- bis viermonatige Einfuhr ausreicht, scheint die Lage vom Standpunkt der Zahlungsbilanz nicht so kritisch, wie sie von griechischer Seite dargestellt wird.“ Vgl. VS-Bd. 5109 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>7</sup> Botschafter Schlitter, Athen, wies am 4. Dezember 1965 darauf hin, die Regierung des Ministerpräsidenten Stephanopoulos befände sich „in höchst kritischer Situation. Sie verfügt nur über [eine] parlamentarische Mehrheit von einer Stimme über das Minimum von 150 hinaus und ist zunehmend [dem] Vorwurf der Inaktivität namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet ausgesetzt.“ Sollte sich die Regierung zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen außerstande sehen, sei ihr Sturz zu befürchten, wobei der „Versuch eines parlamentarischen Ersatzschemas“ voraussichtlich von vornherein zum Scheitern verurteilt“ sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 446; VS-Bd. 8345 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>8</sup> Im Juni 1965 erhielt das Auswärtige Amt Mitteilungen, wonach einer Delegation aus der DDR unter Leitung des Stellvertretenden Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Beil, die Einreise nach Griechenland zu Wirtschaftsverhandlungen ohne die erforderlichen „Temporary Travel Documents“ gewährt werden sollte. Bundesminister Schmücker brachte die Angelegenheit während der Wirtschaftsverhandlungen vom 19. bis 21. Juni 1965 in Athen zur Sprache und erhielt vom griechischen Außenminister Kostopoulos die Zusage, „ein sowjetzonaler Minister käme für die Griechen auf keinen Fall in Frage. Auf den Einwurf von Minister Schmücker, daß diese Zusage sich hoffentlich auch auf einen Stellvertretenden Minister oder Staatssekretär beziehe, machte Herr Kostopoulos nur eine verbindliche Handbewegung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 230 des Botschafters Schlitter, Athen, vom 22. Juni 1965; VS-Bd. 3561 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 17. November 1965 wurde das Auswärtige Amt davon in Kenntnis gesetzt, daß Beil nunmehr ein TTD beantragt habe. Obwohl er als Abteilungsleiter „im sowjetzonalen Verwaltungsapparat [...] an sich unter die TTD-Sperre“ fiel, stimmte das Auswärtige Amt der Erteilung eines TTD zu. Dazu teilte Ministerialdirigent Ruete der Botschaft in Athen am 18. November 1965 mit: „Wir hätten mit Befriedigung festgestellt, daß sich Beil – anders als im Juni 1965 – der TTD-Regelung unterwerfe, und hätten keine Einwendungen gegen [die] Erteilung [eines] TTD's erhoben, auch um innenpolitische Schwierigkeiten für die griechische Regierung zu vermeiden. Wir vertrauten [...] darauf, daß von griechischer Seite keine Vertreter der Regierung, sondern nur Vertreter mit Beil verhandelten, die normalerweise sachlich für den Abschluß eines Banken-Abkommens im engeren Sinne“ zuständig seien. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4566; VS-Bd. 3561 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>9</sup> Bereits im Frühjahr 1965 versuchte die Bundesregierung die griechische Regierung dazu zu bewegen, die Überfluggenehmigung für Flüge der „Interflug“ von Ost-Berlin nach Nikosia „zurückzuziehen oder mindestens nicht wieder zu erneuern“. Dennoch wurde die Genehmigung am 27. März 1965 um sechs Monate verlängert. Vgl. den Drahterlaß Nr. 167 des Legationsrats

Tetenes sprach abschließend trotz der von mir erklärten Unmöglichkeit zusätzlicher Finanzhilfe Wunsch griechischer Regierung aus, daß wir außer der erst in einigen Jahren realisierbaren 200-Mio.-DM-Anleihe mit einem weiteren, wenn auch kleineren Konsortialbeitrag Griechenland zu Hilfe kommen<sup>10</sup> und dadurch den anderen OECD-Partnern wirksamen Anstoß für Konsortialanleihen geben möchten.<sup>11</sup> Minister Mitsotakis wolle mit mir Fragenkomplex nach seiner Rückkehr eingehend erörtern.<sup>12</sup>

[gez.] Schlitter

VS-Bd. 2447 (I A 4)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1798*

I. Klasse Ingendaay vom 14. September 1965 an die Botschaft in Athen; VS-Bd. 5101 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Eine weitere Verlängerung der Überfluggenehmigung um drei Monate trotz der Einwände der Bundesregierung wurde von der griechischen Regierung mit der innenpolitischen Situation im September 1965 begründet, „in der eine grundsätzliche Entscheidung auf höherer Ebene praktisch nicht herbeizuführen war“. Jedoch versicherte der Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium, Tetenes, am 18. November 1965, daß eine weitere Verlängerung „nicht in Frage käme“. Vgl. die Drahtberichte Nr. 424 und 428 des Botschafters Schlitter, Athen, vom 16. bzw. 18. November 1965; VS-Bd. 5101 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>10</sup> Im Vorfeld der NATO-Ministerratstagung informierte Ministerialdirektor Harkort am 14. Dezember 1965 Bundesminister Schröder, z. Z. Paris (NATO), über die bisher geleistete Wirtschaftshilfe an Griechenland und stellte hinsichtlich einer finanziellen Soforthilfe fest: „In dieser Frage kann eine Zusage noch nicht einmal in Aussicht gestellt werden. Doch kann den griechischen Ministern schon jetzt gesagt werden, daß eine deutsche Hilfe nur im Einvernehmen mit anderen Geberländern und nach griechischer vertraglicher Zustimmung zur Herabsetzung des für Megalopolis vorgesehenen Betrages von 200 auf 160 Mio. DM in Betracht gezogen werden kann.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1447; VS-Bd. 5109 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Zur Unterstützung für Griechenland vgl. auch Dok. 451.

<sup>11</sup> Der OECD-Ministerrat beriet am 25./26. November 1965 über eine Wirtschaftshilfe für Griechenland. Im Communiqué wurde dazu festgestellt: „In bezug auf Griechenland und die Türkei zeigten sich die Minister besorgt über die schwierigen, miteinander verbunden Probleme der Entwicklung und der Stabilität, denen diese Länder gegenüberstehen, und sprachen den Wunsch aus, daß die beiden Länder bei der Lösung ihrer Probleme unterstützt werden. Zu diesem Zweck müßten die Schwierigkeiten, denen sich das Griechenland-Konsortium gegenüber sieht, ausgeräumt und seine Tätigkeit müsse intensiviert werden, damit es eine angemessene Hilfe leisten könnte.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 23.

<sup>12</sup> Über das Gespräch mit dem griechischen Koordinationsminister berichtete Botschafter Schlitter, Athen, am 3. Dezember 1965. Mitsotakis wies erneut darauf hin, „das Defizit von rd. 130 Mio. Dollar könne ohne Gefährdung der Währung nur bis zu Höhe von 50–60 Mio. Dollar aus eigener Kraft aufgebracht werden, so daß man auf eine Auslandshilfe von 70–80 Mio. Dollar angewiesen sei“. Er hoffte auf eine deutsche Soforthilfe. Schlitter unterstützte diesen Wunsch, da ohne Sanierungsprogramm der Sturz der Regierung und dann eine neue „Papandreu-Regierung mit volksfrontähnlichem Charakter“ zu erwarten sei: „Griechenland als NATO-Partner zu erhalten, würde unter solchen Verhältnissen überhaupt fragwürdig sein, zum mindesten aber sehr viel kostspieliger als eine Stützungskation im gegenwärtigen Zeitpunkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 443; Referat III A 5, Bd. 451.

430

**Gespräch des Bundesministers Schröder  
mit dem Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Rumor**

Z A 5-126.A/65 geheim

23. November 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 23. November 1965 um 10 Uhr den Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Herrn Mariano Rumor, zu einer einstündigen Unterredung.

Nach der Begrüßung wies Herr *Rumor* darauf hin, daß er in seiner Eigenchaft als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten nach Bonn gekommen sei. Am Vorabend sei er mit Minister Heck und Dr. Kraske zusammengekommen und habe vor seinem Besuch im Auswärtigen Amt ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Dr. Barzel geführt. Anschließend werde er Minister Westrick aufsuchen, der ihn an Stelle des erkrankten Herrn Bundeskanzlers empfangen werde. Es würde ihn interessieren, mit dem Herrn Minister über Fragen der NATO und der europäischen Politik zu sprechen, aber er wolle es diesem überlassen, die Gesprächsthemen selbst zu bestimmen.

Der Herr *Minister* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und brachte zunächst das Gespräch auf den bevorstehenden Kongreß der Democrazia Cristiana in Taormina<sup>2</sup>, an dem er leider aus Termingründen nicht teilnehmen könne.

Herr *Rumor* bedauerte dies sehr, da er gerade von diesem Kongreß einen Kräfteauftrieb und eine weltweite Ausstrahlung erwarte, besonders auch auf Lateinamerika und indirekt auf die USA: Es sei nicht so sehr daran gedacht, die Regierungskräfte anzusprechen, als vielmehr die Globalmacht herauszu streichen, die die christlich-demokratischen Parteien in Europa mit ihrer Wählerschaft von 35 Millionen darstellten. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Herr Minister vielleicht doch die Zeit finden möge, um wenigstens am Abschlußtag, dem 12. Dezember, in Taormina anwesend zu sein.

Der Herr *Minister* verwies auf seine zahlreichen Verpflichtungen in der ersten Dezemberhälfte, sagte jedoch zu, daß er noch einmal prüfen werde, ob sich nicht doch ein Absteher nach Taormina einschieben lasse.

Anschließend führte er aus, daß er mit Herrn Rumor gerne über zwei Themenkreise sprechen würde: die EWG-Krise<sup>3</sup> und die NATO. Was die EWG betreffe, sei es von kapitaler Bedeutung, daß Italien und Deutschland gemeinsam mit den anderen Partnern sehr gut zusammenhielten.

Herr *Rumor* stimmte dem völlig zu.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 29. November 1965 gefertigt.  
Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 7.“ Vgl. Anm. 26.

<sup>2</sup> Der Kongreß, an dem Christdemokraten aus neun europäischen Staaten teilnahmen, tagte vom 8. bis 12. Dezember 1965.

<sup>3</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 416 und weiter Dok. 431.

Der Herr *Minister* unterstrich die Notwendigkeit, die bisherige Linie der Verträge<sup>4</sup> unbedingt fortzuführen. Die Fünf – mit Ausnahme Frankreichs – sollten geeint bleiben, denn eine derartige Haltung biete die einzige Möglichkeit, um die Entwicklung voranzutreiben und Frankreich an den Tisch zurückzu bringen.

Herr *Rumor* bestätigte, daß dies der einzige Ausweg sei: die Fünf müßten fest zusammenhalten und dürften sich von ihrem Standpunkt nicht abbringen lassen. Dies sei umso nötiger, als die französische Regierung gegenwärtig versuche, unter den Partnern Verwirrung zu stiften. Aus diesem Grunde sei er (*Rumor*) gegen die bilaterale Methode<sup>5</sup> zur Bereinigung der Krise. Die Fünf sollten alle ihre Entscheidungen im voraus untereinander abstimmen und geeint auftreten.

Der Herr *Minister* sagte, dies sei der Kurs, den die Bundesregierung steuere. Im übrigen pflege Minister Colombo, der den italienischen Außenminister<sup>6</sup> in Brüssel vertrete, absolut die beste Zusammenarbeit mit der deutschen und den anderen Delegationen. Trotz großer Terminschwierigkeiten werde er (der Herr *Minister*) versuchen, am kommenden Dienstag zur Ministerratstagung nach Brüssel<sup>7</sup> zu fahren, um den Zusammenhalt unter den Fünf erneut zu bekräftigen.

Herr *Rumor* erklärte, er habe vor seiner Abreise aus Rom mit Minister Colombo gesprochen, der mit dieser Linie völlig einverstanden sei. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Presseäußerungen genau verfolgen: Von französischer Seite werde über die Zeitungen versucht, in Italien den Eindruck zu erwecken, als ob man in der Bundesrepublik bereit zum Nachgeben sei.<sup>8</sup> Sicher gelte dies auch in der umgekehrten Richtung. Auf derartige Pressestimmen sollte man nicht hören und ständig enge Kontakte zwischen den beiderseitigen Regierungen unterhalten, um sich genau zu informieren.

Der Herr *Minister* antwortete, er sei ganz einverstanden mit dem Ziel einer

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>5</sup> Zu den französischen Bemühungen um bilaterale Gespräche mit den einzelnen EWG-Partnern vgl. Dok. 412.

<sup>6</sup> Amintore Fanfani.

<sup>7</sup> Die EWG-Ministerratstagung vom 29./30. November 1965 fand erneut in Abwesenheit Frankreichs statt. Die fünf Minister wiederholten den Appell an die französische Regierung, ihren Platz in den Gemeinschaften wieder einzunehmen, und beauftragten den amtierenden Präsidenten des Ministerrats, Colombo, der französischen Regierung die gemeinsame Haltung bekanntzugeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1890 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 1. Dezember 1965; Referat I A 1, Bd. 1326.

Zu den weiteren Aufgaben von Colombo teilte Staatssekretär Lahr der Botschaft in Rom am 7. Dezember 1965 mit: „Er hat weiter den Auftrag, den französischen Standpunkt, der in mancherlei Hinsicht noch der Präzisierung bedarf, möglichst genau festzustellen. Hingegen würde sein Auftrag nicht dahin gehen, die Meinungsverschiedenheiten, die sich dann sicherlich herausstellen werden, durch Vermittlungsvorschläge zu überbrücken, mit denen er sich von dem in Brüssel festgestellten Standpunkt der Fünf entfernen würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 486; Büro Staatssekretär, Bd. 384.

Zur Ministerratstagung vom 29./30. November 1965 vgl. auch Dok. 462, Anm. 3.

<sup>8</sup> Zur französischen Einwirkung auf die italienische Presse vgl. auch Dok. 412, Anm. 20.

möglichst engen Zusammenarbeit zwischen der italienischen und der deutschen Regierung.

Herr *Rumor* verwies darauf, daß zur Zeit in Brüssel im Zusammenhang mit den Beziehungen zur französischen Regierung eine wichtige Entscheidung zu treffen sei. Die Fünf stünden vor der Frage, ob sie die jüngsten Vorschläge Frankreichs zur Kenntnis nehmen und bereits bilateral in Verhandlungen eintreten oder zunächst die Antwort Frankreichs auf das Schreiben von Minister Colombo<sup>9</sup> abwarten sollen. Rein persönlich sei er (*Rumor*) der Ansicht (ohne vorher mit seinen Parteifreunden darüber gesprochen zu haben), daß das letztere Verfahren das richtige sei: Es sei ein Schreiben an die französische Regierung gerichtet worden, bisher sei keine Antwort darauf eingegangen, daher sollten die Fünf als nächsten Schritt die Gegenäußerung Frankreichs betrachten.

Der Herr *Minister* erwiederte, auf deutscher Seite sei diese Frage ebenfalls noch nicht vertieft worden, er könne jedoch ganz offen seine eigene Meinung dazu sagen, die dem Standpunkt der Bundesregierung wohl mehr oder weniger entsprechen werde: Seiner Auffassung nach sei es ganz klar, daß die Fünf in jedem Fall auf dem eingeschlagenen Weg fortschreiten müßten. Gleichzeitig sollten sie sich bereit erklären, über die französischen Vorschläge<sup>10</sup> auf der Frankreich angebotenen Konferenz zu sprechen. Er glaube im übrigen, daß es mit dieser Konferenz keine Eile habe, da die derzeitige französische Taktik auf die bevorstehende Präsidentenwahl<sup>11</sup> abgestimmt sei und konkrete Dinge wohl erst im kommenden Jahr ins Auge gefaßt werden könnten.<sup>12</sup> Es sei daher sehr wichtig, daß die Fünf deutlich zum Ausdruck brächten, sie seien fest entschlossen, die Gemeinschaft weiterzuentwickeln.

Der Herr *Minister* brachte dann das Gespräch auf die NATO und sagte, seiner Auffassung nach sollten Deutschland und Italien, die im Rahmen des Bündnisses die beiden wichtigsten Nicht-Nuklearmächte seien, eine gleichberechtigte Behandlung anstreben. Auf einen derartigen Kurs habe er schon hinge stuert, als Präsident Segni noch Außenminister gewesen sei, wie auch zur Zeit der Außenminister Saragat, Piccioni und Fanfani.<sup>13</sup> Er sei von einer doppelten Notwendigkeit überzeugt: Die Erörterungen über die Vorschläge McNamaras zur Schaffung eines „Select Committee“ und „Special Committee“<sup>14</sup>, die Fragen einer besseren Konsultation und Kommunikation und Einsicht in die verschiedenen nuklearen Probleme sollten intensiv fortgeführt werden. Hierin sehe er einen Kreis von Aufgaben, die für Deutschland und Italien gemeinsame Interessen berührten.

<sup>9</sup> Zum Schreiben vom 27. Oktober 1965 vgl. Dok. 416.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 412.

<sup>11</sup> In Frankreich fanden am 5. Dezember 1965 Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 19. Januar 1966; AAPD 1966.

<sup>13</sup> Antonio Segni war italienischer Außenminister vom 25. März 1960 bis 6. Mai 1962, Giuseppe Saragat vom 5. Dezember 1963 bis 28. Dezember 1964, Attilio Piccioni vom 31. Mai 1962 bis 16. Mai 1963 sowie vom 22. Juni bis 5. Dezember 1963 und Amintore Fanfani vom 8. bis 29. Mai 1962 sowie seit dem 5. März 1965.

<sup>14</sup> Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers vom 31. Mai 1965 vgl. Dok. 235.

Zur Umbenennung des Select Committee in Special Committee vgl. Dok. 365, Anm. 23.

Ein weiterer Fragenkomplex sei die Frage der Errichtung einer gemeinsamen nuklearen Streitmacht der NATO. Seiner Auffassung nach sollte man hier auf eine Lösung hinarbeiten, die Elemente sowohl aus dem MLF-Vorschlag wie auch der ANF enthielte.<sup>15</sup> Auch auf diesem Gebiet lägen die deutschen und die italienischen Interessen gleich.

Herr *Rumor* antwortete, er sei hinsichtlich der Notwendigkeit einer Absprache des deutschen und des italienischen Standpunktes, besonders was den ersten Fragenkreis betreffe, also die Vorschläge McNamaras, mit dem Herrn Minister einverstanden. Auf einer vertieften Erörterung dieser Fragen sollte man seiner Auffassung nach beharren.

Was den zweiten Punkt betreffe, sei er grundsätzlich auch einverstanden. Allerdings sei er nicht genügend unterrichtet über den derzeitigen Stand der Dinge (MLF und ANF) und bitte den Herrn Minister, ihm einige Erläuterungen dazu zu geben.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es seiner Meinung nach falsch wäre, wenn man die McNamara-Vorschläge schon als eine Lösung der Nuklearfragen im Rahmen der Allianz betrachten würde. Dies entspreche auch nicht den Absichten des amerikanischen Verteidigungsministers. Es bestehe daher weiterhin die Notwendigkeit, ein gemeinsames Waffensystem zu schaffen, das im übrigen keine sensationellen Züge gewinnen müßte. Es sollte nicht die ganze Welt in eine entsprechende Diskussion hineingezogen werden. Man könnte ausgehen von bereits bestehenden Kräften. Bisher seien im Grunde genommen nur zwei Vorschläge gemacht worden, die eine in sich geschlossene Konzeption darstellten: die MLF und die britische ANF. Die Bundesregierung habe sich seinerzeit mit dem zeitlich früher angeregten Vorschlag der MLF grundsätzlich einverstanden erklärt.<sup>16</sup> Auch die italienische Regierung habe ihre grundsätzliche Zustimmung dazu gegeben.<sup>17</sup> Nur hinsichtlich einiger Detailfragen, wie etwa der Zweckmäßigkeit, Überwasserschiffe oder Unterseeboote zu verwenden, sei man sich damals in Rom nicht schlüssig gewesen.<sup>18</sup> Später sei dann der ANF-Vorschlag vorgebracht worden.<sup>19</sup> Seither neige die Bundesregierung zu einer Lösung, die eine Kombination von Elementen aus den beiden Vorschlägen enthalte. Die ANF habe vom Standpunkt der Allianz aus betrachtet die große Bedeutung, daß sie einen Versuch von britischer Seite darstelle, auf eine eigene Abschreckungswaffe zu verzichten und das Potential in die Allianz einzubringen. Auf deutscher Seite habe man die Überlegungen noch nicht beendet. Er (der Herr Minister) hoffe, daß Bundeskanzler

<sup>15</sup> Zu den deutschen Überlegungen hinsichtlich einer Kombination des amerikanischen MLF- und des britischen ANF-Vorschlags vgl. Dok. 21.

<sup>16</sup> Zum amerikanischen Vorschlag einer MLF, den Präsident Kennedy Premierminister Macmillan auf der Konferenz von Nassau vom 18. bis 21. Dezember 1962 unterbreitete, vgl. Dok. 20, Anm. 4. Zur Zusage des Bundeskanzlers Adenauer, die Bundesrepublik werde an einer MLF teilnehmen, vgl. Dok. 20, Anm. 5.

<sup>17</sup> Am 12. Januar 1963 äußerte sich der italienische Außenminister Piccioni bei einem Besuch in Bonn „positiv zu dem amerikanisch-britischen Plan, eine multilaterale NATO-Nuklearstreitmacht zu errichten“. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 24.

<sup>18</sup> Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 240, und AAPD 1963, III, Dok. 414.

<sup>19</sup> Zum britischen Vorschlag für eine ANF, über den die Bundesregierung am 11. Dezember 1964 unterrichtet wurde, vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9–12.

Erhard anlässlich seines Besuchs bei Präsident Johnson das Problem werde vertiefen können.<sup>20</sup> Herrn Rumor gegenüber könne er versichern, daß bei allen Lösungen und Möglichkeiten, die von deutscher Seite mit den USA erörtert würden, die italienischen Interessen stets berücksichtigt würden und an eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien gedacht werde. Er lege Wert darauf, dies zu unterstreichen, weil England<sup>21</sup> und *cum grano salis* auch die Niederlande<sup>22</sup> diesen Vorschlägen eine große Bedeutung beimessen.

Herr *Rumor* erwiederte, er sei hiervon überzeugt. Wenn er den Herrn Minister richtig verstanden habe, sei er persönlich für eine Weiterverfolgung des britischen ANF-Vorschlags, der mit einigen Elementen aus dem alten MLF-Projekt kombiniert werden sollte. Man müßte demnach einen neuen Vorschlag ausarbeiten. In diesem Zusammenhang fragte er den Herrn Minister, was für Eindrücke er über die britische Haltung zu diesen Fragen bei seinem kürzlichen Englandbesuch<sup>23</sup> gewonnen habe. Aufgrund bestimmter Zeitungsberichte sollen die Engländer bei der Abrüstungskonferenz Vorschläge gemacht haben, die gegenüber den genannten Vorschlägen einen Rückschritt darstellen.<sup>24</sup>

Der Herr *Minister* ließ Herrn Rumor als Antwort auf diese Frage eine Zeitungsmeldung aus der Frankfurter Allgemeinen übersetzen, wonach sich der britische Außenminister Stewart vor dem Unterhaus „zufrieden mit Schröder“ geäußert habe.<sup>25</sup> Es sei immer wichtig, sich auf Äußerungen der verantwortlichen Personen vor ihrem eigenen Parlament zu beziehen.<sup>26</sup> Die Briten seien bereit, ihre atomare Linie im Prinzip fortzuführen. Es hätten sich große Fortschritte abgezeichnet, ohne daß man heute bereits sagen könne, wo das Ende liege.

Herr *Rumor* äußerte sich sehr erfreut über die erwähnte Erklärung. Er sei vollkommen davon überzeugt, daß die Dinge so lägen. Gerade dieses Beispiel zeige, wie wichtig es sei, daß eine enge Verbindung zwischen der deutschen und der italienischen Regierung aufrechterhalten werde, damit man immer über Nachrichten aus erster Hand verfüge. Der Herr Minister wisse im übrigen, für wie gewichtig die britische Meinung in Italien gehalten werde. Er wolle die Diskussion über diesen Punkt nicht in die Länge ziehen. Er sehe das Problem in seinem ganzen Umfang und in seiner ganzen Komplexität und werde nach seiner Rückkehr in Rom mit seinen Parteifreunden darüber sprechen. Von der „ganz großen Bedeutung“ eines Zusammengehens zwischen Italien und Deutschland sei er überzeugt.

<sup>20</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 20. Dezember 1965 in Washington vgl. Dok. 465–469. Zur Behandlung einer alliierten Nuklearstreitmacht vgl. besonders Dok. 468.

<sup>21</sup> Zur britischen Haltung vgl. zuletzt Dok. 424.

<sup>22</sup> Zur niederländischen Haltung vgl. Dok. 411, Anm. 12.

<sup>23</sup> Zum Besuch des Bundesministers Schröder am 19. November 1965 in London vgl. Dok. 422–424.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Dok. 398, Anm. 9.

<sup>25</sup> Die Meldung „Stewart befriedigt über Schröder“ ist in Abschrift dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 272 vom 23. November 1965, S. 4.

<sup>26</sup> Der Passus „wonach sich ... zu beziehen“ wurde von Bundesminister Schröder durch Schlängelung hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „upi-Meldung in FAZ: zurück!“

Herr Rumor wiederholte sodann, wie wichtig der Austausch vertraulicher Mitteilungen zwischen den Regierungen sei: Die italienische Presse habe von dem Besuch des Bundesaußenministers in England eine negative Darstellung gegeben und von einer völlig oder fast völlig unterschiedlichen Haltung berichtet.<sup>27</sup> Durch einen vertraulichen Informationsaustausch könnten derartige deformierte Wiedergaben berichtigt werden. Auf jeden Fall sei er sich im klaren über die Komplexität und Schwierigkeit der anstehenden Fragen. Wenn man zu „einer Art von Einigung“ kommen wolle, hätte in der Tat eine deutsch-italienische Verbindung eine große Bedeutung. Das beste wäre die Bildung eines Dreiecks mit Großbritannien. Angesichts der ganzen Schwierigkeit einer derartigen Lösung müßte wohl zunächst eine deutsch-italienische Verbindung hergestellt werden.

Der Herr *Minister* bestätigte, daß ihm diese Linie für die Zukunft vorschwebt. Er bat Herrn Rumor, den Inhalt der genannten Zeitungsnotiz seinen politischen Freunden zur Kenntnis zu bringen.

Herr *Rumor* sagte zu, daß er diese Nachricht am kommenden Tag dem italienischen Ministerpräsidenten<sup>28</sup> übermitteln werde.

Der Herr *Minister* sprach sodann die Hoffnung aus, daß dieses Gespräch in einer geeigneten Form fortgeführt werden möge, da die Lösung der zur Debatte stehenden Fragen dem gemeinsamen Interesse Italiens und Deutschlands entspreche.

Herr *Rumor* äußerte sich ebenfalls erfreut über sein Gespräch mit dem Herrn *Minister*. Er hoffe seinerseits, daß derartige Begegnungen in Zukunft häufiger stattfinden könnten.

Bevor er sich verabschiede, erlaube er sich, eine letzte kleine Frage anzuschneiden, und zwar im Zusammenhang mit den italienischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik. In Italien habe man hierzu die folgenden Sorgen:

- 1) Man habe den Eindruck, als ob Deutschland bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in steigendem Maße Arbeitern aus Nicht-EWG-Ländern den Vorzug gebe.<sup>29</sup> Angesichts des großen in Italien verfügbaren Kräftepotentials würde die Regierung es begrüßen, wenn auch weiterhin italienische Arbeiter in der Bundesrepublik aufgenommen würden.
- 2) Die Democrazia Cristiana würde es begrüßen, wenn man gemeinsam diskrete Anstrengungen zu einer besseren politischen Betreuung der italienischen Gastarbeiter in Deutschland machen könnte. Diese seien sehr stark

<sup>27</sup> Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, informierte am 22. November 1965 über die italienische Presseberichterstattung zum Besuch des Bundesministers Schröder in London, positiv gewürdigt werde die Intensivierung der deutsch-britischen Kontakte: „Hinsichtlich des Problems der nuklearen NATO-Rüstung sind sich der deutsche Minister und sein britischer Kollege nach Ansicht der italienischen Zeitungen dagegen nicht näher gekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 841; Referat I A 5, Bd. 286.

<sup>28</sup> Aldo Moro.

<sup>29</sup> Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stellten die Italiener mit 30,6 % das größte Kontingent der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Stark gestiegen war jedoch im Verlaufe des Jahres 1965 die Zahl der türkischen, griechischen, spanischen und portugiesischen Arbeitnehmer. Vgl. dazu BULLETIN 1965, S. 1372.

dem kommunistischen Einfluß ausgesetzt, z. B. durch die Sendungen von Radio Prag, und bisher sei zu wenig getan worden, um dieser Propaganda etwas Entsprechendes entgegenzusetzen.<sup>30</sup> Zwar seien die Sendezeiten der deutschen Rundfunkgesellschaft für die ausländischen Gastarbeiter erhöht worden. Dies reiche aber nicht aus. Die nächsten Parlamentswahlen in Italien (1967/1968) hingen weitgehend von der Stimmabgabe der italienischen Arbeiter ab, die zur Wahl aus dem Ausland zurückkehren. Es komme leider allzu häufig vor, daß Italiener, die in ihrer Heimat nie für die Kommunisten gestimmt hätten, nach einem Aufenthalt in einem nichtkommunistischen Land wie die Bundesrepublik für die KPI stimmten.

Der Herr *Minister* sagte zu, daß er Arbeitsminister Katzer über diese italienischen Sorgen informieren werde. Den Vorschlag von Herrn Rumor, der für Auswanderungsfragen zuständige Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Herr Storchi, sollte die genannten Probleme anlässlich eines Besuchs in der Bundesrepublik bei den zuständigen Stellen persönlich erörtern, befürwortete er durchaus. Die entsprechenden Arrangements werde wohl ebenfalls Minister Katzer zu treffen haben, da er für dieses Gebiet im wesentlichen zuständig sei.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bestand I-483: 282/1

<sup>30</sup> Einen entsprechenden Wunsch trug der italienische Außenminister Saragat Botschafter Blanckenhorn bereits am 11. Dezember 1963 vor. Vgl. AAPD 1963, III, Dok. 464.

**Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-9767/65 geheim****Fernschreiben Nr. 1823****Cito****Auch für BMWi****Aufgabe: 23. November 1965, 12.35 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 23. November 1965, 13.27 Uhr****Betr.: Vorbereitung der Ratstagung vom 29./30. November 1965<sup>2</sup>****hier: Vertrauliche Besprechung der Ständigen Vertreter über die Vorbereitung der Erörterung der politischen Fragen<sup>3</sup>**

Mit Rücksicht auf die dringend notwendige Geheimhaltung der Tatsache der Beratungen der Ständigen Vertreter wie auch ihres Ergebnisses hat die italienische Präsidentschaft gestern mitgeteilt, daß sie erst am Freitag nachmittag einen Entwurf eines Arbeitspapiers<sup>4</sup> vorlegen werde, das als Grundlage für die Erörterung der politischen Fragen durch die Herren Minister dienen soll. Diese Diskussion soll am 30. November während und im Anschluß an ein von der Präsidentschaft gegebenes Mittagessen ohne Kommission und Ratssekretariat stattfinden.

Bei der gestrigen vertraulichen Besprechung, die von den Ständigen Vertretern Hollands, Belgiens und Italiens aufgrund von Instruktionen ihrer Regierungen geführt wurde, ergab sich folgendes:

Es entwickelte sich zunächst eine Debatte, ob das Ergebnis der Erörterungen der Minister der französischen Regierung in einem Brief oder mittels eines Ratskommuniqués mitgeteilt werden soll. Venturini sprach sich für ein Kommuniqué aus. Von belgischer Seite wurde betont, in einem Brief könne die Auffassung der Fünf präziser zum Ausdruck gebracht werden als in einem Kommuniqué. Der Brief sollte dann nicht veröffentlicht werden. Botschafter Spierenburg erklärte, ein solcher Brief sei nicht geheimzuhalten. Botschafter Borschette schlug vor, einen Brief und ein Kommuniqué zu verfassen.

Man hat sich schließlich geeinigt, daß die Entscheidung, welcher Weg letztlich eingeschlagen und in welcher Form die Öffentlichkeit unterrichtet werden soll, den Ministern überlassen bleiben soll. Die Ständigen Vertreter werden den Ministern lediglich ein Aide-mémoire vorlegen<sup>5</sup>, welches dann je nach

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur EWG-Ministerratstagung vom 29./30. November 1965 vgl. Dok. 430, Anm. 7, und Dok. 462, Anm. 3.

<sup>3</sup> Am 19. November 1965 begrüßte der Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Gaja, den deutschen Vorschlag zu einer Zusammenkunft der Ständigen Vertreter in Brüssel, „um die französischen Äußerungen gegenüber den Vertretern der Fünf miteinander zu vergleichen [...]. Die Franzosen versuchten, einen gegen den anderen auszuspielen, und gäben die mit ihnen [geführten] Gespräche zum Teil unrichtig wieder.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 831 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 19. November 1965; Referat I A 2, Bd. 1326.

<sup>4</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 462, besonders Anm. 7.

<sup>5</sup> Die Ständigen Vertreter bei EWG und EURATOM in Brüssel kamen am 22. November 1965 über-

ihrer Entscheidung in einem Brief, einem Communiqué oder in beidem Verwendung finden kann.

Hinsichtlich des Inhalts dieses Dokuments zeichnete sich folgende Übereinstimmung ab:

1) Es soll zunächst dem Bedauern Ausdruck gegeben werden, daß Frankreich weder dem Appell der Fünf zur Wiederaufnahme der Mitarbeit am weiteren Ausbau des Gemeinsamen Marktes gefolgt sei noch die Einladung zu einer besonderen Ratstagung zur Erörterung der politischen Fragen angenommen habe.<sup>6</sup>

Die Stellungnahme von Minister Couve gegenüber Botschafter Fornari<sup>7</sup> wird allgemein nicht als eine solche Antwort betrachtet.

2) Die Aufforderung an Frankreich, nach Brüssel zurückzukehren<sup>8</sup>, soll deshalb mit Nachdruck wiederholt werden. (Botschafter Spierenburg hat vorgeschlagen, in der erneuten Aufforderung an Frankreich zugleich einen Termin für die Ratstagung zu sechst vorzuschlagen. Hierfür kommen nach Botschafter Spierenburg die zweite Hälfte Dezember oder die erste Hälfte Januar in Frage.)

3) Das Dokument soll keinerlei materielles Angebot an Frankreich enthalten. Es sollen nur negativ die Grenzen angegeben werden, die sich bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen für die Fünf ergeben. So soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Fünf weder einer Änderung des Vertrages<sup>9</sup> noch einer Lösung zustimmen können, die das Prinzip der qualifizierten Mehrheit berührt.<sup>10</sup> Die anzustrebende Lösung muß nach Auffassung der Fünf im Rahmen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1807*

ein, für die Ministerratstagung am 29./30. November 1965 vorzubereiten: „a) eine Antwort auf die Erklärungen Minister Couves gegenüber Botschafter Fornari; b) eine Zusammenstellung der Fragen, die sich im Zusammenhang mit der französischen Antwort stellen“. In der Antwort an Frankreich sollte „die gemeinsame Haltung der Fünf klar zum Ausdruck gebracht werden, wobei es sehr darauf ankomme, die Grenzen festzulegen, die nach Auffassung der Fünf nicht überschritten werden dürfen, wenn man zu einer Lösung kommen wolle“. Insbesondere sollte verdeutlicht werden, „daß eine formelle Änderung des Vertrages nach Auffassung der Fünf nicht in Frage komme. Das gleiche gelte für Absichten, das gleiche Ziel auf andere Weise zu erreichen. Nach Auffassung der Fünf sollte eine Lösung im Rahmen des Vertrages gesucht werden. [...] Was die Kommission anbelange, so solle in dem Brief ausdrücklich der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben werden, daß Frankreich nicht eine Änderung der vom Vertrag der Kommission übertragenen Aufgaben und Rechte vorschlagen wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1814 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 22. November 1965; Referat I A 2, Bd. 1292.

<sup>6</sup> Zur französischen Haltung zu diesen Vorschlägen vgl. Dok. 416.

Am 24. November 1965 erklärte der französische Informationsminister Peyrefitte zum Vorschlag einer EWG-Außenministerkonferenz: „Es wäre nicht angebracht (convenable), daß Frankreich eine grundsätzliche Entscheidung vor dem 5. Dezember 1965 trifft, aber die Aussichten bleiben positiv.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1704 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 24. November 1965; Referat I A 2, Bd. 1326.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des französischen Außenministers mit dem italienischen Botschafter in Paris am 8. November 1965 vgl. Dok. 412, Anm. 3 und 6.

<sup>8</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 412, Anm. 7.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

<sup>10</sup> Zu diesen französischen Forderungen vgl. zuletzt Dok. 416.

Am 22. November 1965 notierte Staatssekretär Lahr dazu für Bundesminister Schröder:

der Vertragserfüllung gefunden werden. Wenn Frankreich seinerseits insoweit Vorschläge vorlegen wolle, seien die Fünf zu deren Erörterung auf der vorgeschlagenen Ratstagung bereit.<sup>11</sup>

Im Zusammenhang mit den Besprechungen erklärte Botschafter Spierenburg, Minister Luns habe Minister Couve, den er auf dessen Bitte aufsuchte, informiert, er wolle mit ihm nicht über Fragen des Gemeinsamen Marktes sprechen.<sup>12</sup> Ebenso wird der italienische Vertreter Minister Pieracini verfahren, der Italien bei der OECD-Tagung<sup>13</sup> vertritt. Ich habe erklärt, daß Staatssekretär Lahr Herrn Wormser in gleichem Sinne unterrichtet habe.<sup>14</sup>

[gez.] Sachs

VS-Bd. 8433 (Ministerbüro)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1808*

„Kurzum, meines Erachtens zeigt sich immer wieder, daß dieser Frage mit juristischen Formulierungen nicht beizukommen ist – es sei denn, daß man das Mehrheitsprinzip einfach abschafft, was niemand außer Frankreich will. Die Schwierigkeit liegt darin, daß das Kriterium, das wir der rechtlichen Zulässigkeit hinzufügen wollen, nämlich die politische Opportunität, ein rein politisches und nicht juristisches Kriterium ist. Dieses Kriterium appelliert an den gesunden Menschenverstand, den politischen Takt, die kommunikative Einstellung und ähnliche Dinge, die samt und sonders keine Rechtsbegriffe sind.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1326.

<sup>11</sup> Vgl. weiter Dok. 462.

<sup>12</sup> Zum Gespräch zwischen dem niederländischen und dem französischen Außenminister vom 25. November 1965 vgl. den Drahtbericht Nr. 1717 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 26. November 1965; Referat I A 2, Bd. 1326.

<sup>13</sup> Am 25./26. November 1965 tagte in Paris der OECD-Ministerrat. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 22 f.  
Vgl. auch Dok. 429, Anm. 11.

<sup>14</sup> Am 18. November 1965 vermerkte Staatssekretär Lahr für Bundesminister Schröder, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Wormser, habe um ein Treffen anlässlich der OECD-Ministerratstagung gebeten. Diese Bitte könne er kaum ablehnen, „schon deshalb nicht, weil wir immer auch über andere Fragen als EWG-Fragen gesprochen haben. Ich beabsichtige also, mich mit ihm [Wormser] irgendwie zu treffen, werde ihm allerdings zur gegenwärtigen EWG-Problematik sagen, daß ich ihm nichts anderes und nicht mehr sagen könne als das, was der Herr Bundesaußenminister dem französischen Außenminister in dem kürzlichen ausführlichen Gespräch gesagt habe.“ Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 384.